H. W. L.
MAR 28 1930

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 5 · 11. Jahrgang

Berlin, den 1. März 1930

Professor Ruppersberg zum Gedächtnis

Stettin. Aufnahme der Hakenterrasse.

Zur großen Saarkundgebung in Stettin am Dienstag, den 11. März 1930

. . . **Ostnot** ist **deutsche** Not! Warthe und Weichsel in Feindes Hand bedräuen den Rhein! Darum schützet und erhaltet den **deutschen Osten**, und ihr bewahrt das **ganze, heilige deutsche Vaterland.**

K. Gnoth,
Rektor,
Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände und des Vereins der Posener in Stettin.

Für das Verhältnis zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland muß Leitstern und Richtschnur sein:

Treue um Treue!

Dr. jur. **Max Stegner,**
Oberregierungsrat,
1. Vors. der Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine.

Inserieren Sie im Saar-Freund!

Sie werden Ihren **Geschäftsumsatz vergrößern!**

1/1 Seite RM 190.-	RABATT bei mehrmaligem Erscheinen	
1/2 Seite RM 100.-		
1/4 Seite RM 55.-		
1/8 Seite RM 28.-	3 × = 10%	
1/16 Seite RM 14.-	6 × = 25%	
1/32 Seite RM 7.-	12 × = 33 1/3 %	

Tapeten - Linoleum
Farben
Teppiche und Läufer
nur von
Josef Reimsbach,
Ensdorf / Saar.
Fernspr. Amt Saarlouis Nr. 509

Solide Preise, beste Qualitäten. Alle Wünsche werden berücksichtigt.

Welcher
Abiturient
des Saarbrückener Gymnasiums,
Ostern 1894
kann die Anschriften der damaligen Conabiturienten angeben.

Rechtsanwalt
Westermann
Elsterwerda

Achten Sie auf den Geschmack!

Natürliches Mineralwasser mit eigener Quellenkohlensäure versetzt.

Gerolsteiner Sprudel
nur echt mit dem Stern!

„Deutsch die Saar immerdar."

Helft die deutsche Saar befreien!

28 ganzseitige
50 halbseitige
Bilder aus dem Saargebiet
150 Seiten stark

RM. 1.50

Bestellungen nur bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 94

Jeder muß die Druckschrift lesen!

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 5 · 11. Jahrgang

Berlin, den 1. März 1930

Professor Dr. h. c. Albert Ruppersberg-Saarbrücken zum Gedächtnis

Im alten Fürstenschloß in Saarbrücken in einem stillen Arbeitszimmer, von dessen Fenster man einen wundervollen Blick in das Saartal und hinüber nach dem Halberg genoß, traf man in den letzten Monaten am Schreibtisch sitzend und rastlos arbeitend, einen gütigen, liebenswürdigen, stets hilfsbereiten Menschen, dessen körperliche Kräfte aber in der letzten Zeit stetig abnahmen. Man hatte das Gefühl, daß das Leben nicht lange mehr in diesem einst so kräftigen Körper weilen könnte. Und als sich vor einigen Wochen unter Freunden und Bekannten die Nachricht verbreitete, daß Professor Ruppersberg in das Landeskrankenhaus nach Homburg übergeführt worden sei in der Hoffnung, daß dem siechen Körper dort neue Kräfte erwachsen würden, da wurden seine Freunde nachdenklich. Denn wenn ein so geregeltes Leben plötzlich eine andere Richtung einnehmen soll, dann bedeutet das in den meisten Fällen einen Bruch, der in diesem hohen Alter von 75 Jahren nicht mehr zu überwinden ist. Ruppersberg hat es auch gefühlt, daß seine Tage gezählt seien, und so wünschte er in seine Wohnung im alten Schloß zu Saarbrücken heimzukehren. Schon wenige Tage nach der Rückkehr hauchte er sein reichgesegnetes Leben aus. Man hat seine sterblichen Ueberreste auf dem Alt-Saarbrücker Friedhof an der Seite seiner während des Weltkrieges auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Gattin beigesetzt.

Seine zahlreichen Verehrer, Schüler und Freunde haben einen grundgütigen, warmherzigen Menschen, die Stadt Saarbrücken einen trefflichen Bürger, das Grenzland an der Saar einen für die deutschen Belange stets mit ganzer Seele kämpfenden, aufrechten deutschen Mann verloren.

Professor Ruppersberg war kein Saarländer von Geburt. Er stammte aus einer alten angesehenen kurhessischen Familie aus Marburg. Sein Schicksal führte ihn nach Abschluß seiner historischen, geographischen und sprachwissenschaftlichen Studien nach Saarbrücken, an das Ludwigsgymnasium, an dem er 35 Jahre lang als Lehrer und stellvertretender Direktor Generationen von Schülern an sich vorüberziehen sah. Kein Schüler hat ein böses Wort über ihn gesagt, alle verehrten in ihm den erfahrenen, mit reichem Wissen begabten Lehrer, Erzieher und Freund.

In erster Linie war Ruppersberg Historiker. Seine Leistungen auf diesem Gebiete haben ihm den ehrenvollen Titel: „Geschichtsschreiber der Saargegend" eingetragen. Ueberaus fesselnd und lebendig hat er anläßlich der Fünfundzwanzig-Jahrfeier der Schlacht bei Spichern in seiner „Saarbrücker Kriegschronik" die harten Kämpfe geschildert, die in den ersten Augusttagen des Jahres 1870 westlich von Saarbrücken am Roten Berge ausgefochten wurden und die in einem großen Sieg der heldenmütigen deutschen Soldaten ausmündeten. Dann schritt er weiter und versenkte sich tief in die schicksalreiche Vergangenheit der Saargegend, und so erwuchs aus dem umfassenden Quellenstudium der Plan, das im Jahre 1841 erschienene Geschichtswerk von Friedrich Koellner: „Geschichte des vormaligen Nassau-Saarbrückischen Landes und seiner Regenten" gänzlich umzuarbeiten. Daraus ist Ruppersbergs Hauptwerk: „Die Geschichte der Grafschaft Nassau-Saarbrücken und der Stadt Saarbrücken" in den Jahren von 1899—1903 hervorgegangen. Jeder, der sich mit der Geschichte der Saargegend oder des Saargebiets befassen will, wird von den Forschungsergebnissen Ruppersbergs auszugehen haben. Daß er mit diesem auf gründlichstem Quellenstudium und mit absoluter Objektivität geschriebenem Werke das wissenschaftliche Rüstzeug schaffen würde, mit dem später der Kampf um die Deutscherhaltung der Saargegend geführt werden mußte, hat er damals nicht geahnt. Tatsache ist, daß die historischen Arbeiten von Ruppersberg den Abwehrkampf wesentlich erleichtert haben.

Als durch das Versailler Diktat das Saargebiet vorübergehend für 15 Jahre vom Reiche abgetrennt wurde, faßte er seine wissenschaftlichen Ergebnisse in seinem im Jahre 1923 erschienenen Werke „Die Geschichte des Saargebiets" zusammen. Er beleuchtete darin auch diejenigen Gebiete, die früher außerhalb des Nassau-Saarbrückischen Landes lagen, heute aber in den Raum des Saargebiets einbezogen sind.

Neben den größeren Werken stehen eine Fülle kleinerer Arbeiten, Monographien, Ortsgeschichten, die Geschichte des Saarbrücker Gymnasiums, die Geschichte der Einführung der Reformation in Saarbrücken und zahllose Aufsätze und Abhandlungen historischen Inhaltes zerstreut in Zeitschriften und Tageszeitungen. Keiner hat wie er das gesamte historisch-wissenschaftliche Material überschaut und für die Fachwissenschaft erschlossen. Aber darüber hinaus suchte er das Interesse und das Verständnis für die Heimatgeschichte dadurch zu wecken, daß er lange Jahre Führer im „Historischen Verein für die Saargegend" war. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, alle seine Verdienste im einzelnen hier zu würdigen und darzulegen, was er für den Ausbau der historisch-wissenschaftlichen Bibliothek des Vereins, was er für die wissenschaftlichen Veröffentlichungen des Vereins, was er für die Verbreitung historischer Erkenntisse durch Vorträge, was er durch die Beratung historisch Interessierter in jahrzehntelanger, aufopferungsvoller Arbeit geleistet hat.

Die Anerkennung für seine umfassende Tätigkeit auf dem Gebiete der Heimatforschung ist dadurch zum sichtbaren Ausdruck gekommen, daß ihm die philosophische Fakultät der Bonner Universität im Jahre 1922 den Doktor ehrenhalber verlieh.

Es konnte nicht ausbleiben, daß dieser rastlos tätige Mann, der so innig verwachsen war mit seiner zweiten Heimat durch seine geschichtlichen Studien, auch am öffentlichen Leben regsten Anteil nahm. In der Zeit, da noch nicht die politischen Parteien die Führung im Rathause in

der Hand hatten, berief ihn das Vertrauen seiner Mitbürger in den Stadtrat, und hier hat er mit Rat und Tat in allen Fragen der städtischen Entwicklung aufs eifrigste mitgearbeitet. Er wollte den Bürgern ein Vorbild sein in der praktischen Betätigung des Gemeinsinns. Seine Verdienste um die Stadt Saarbrücken sind in einer Ehrenurkunde erwähnt, die ihm anläßlich seines 70. Geburtstages durch die Vertreter der Stadt ausgehändigt wurde. Wie der Stadt im ganzen, so widmete er auch speziell seine Kräfte der evangelischen Gemeinde von Alt-Saarbrücken, die ihn zum Presbyter bestellte und in allen wichtigen Angelegenheiten seinen Rat und seine Erfahrung in Anspruch nahm.

Was der große deutsche Philosoph Immanuel Kant schrieb: „Es ist überall nichts in der Welt und auch außerhalb derselben zu denken möglich, was ohne Einschränkung für gut könne gehalten werden, als allein ein guter Wille," das war sein tiefstes Lebenselement. Diesen guten Willen in allem, was er tat, mußten auch die anerkennen, die in ihren Anschauungen und Urteilen von ihm abwichen. Es strömte von diesem Manne eine sittliche Kraft aus, weil alles aus einem reinen Wollen kam.

Was Ruppersbergs starke Persönlichkeit für das Land an der Saar bedeutete, das wurde erst in den Zeiten der Not nach dem verlorenen Kriege offenbar. Sechzigjährig nahm er als Offizier, getragen von dem Glauben an Deutschlands Recht und Deutschlands Kraft die Strapazen des Krieges auf sich, geriet in Gefangenschaft und wurde im Jahre 1917 über die Schweiz nach Deutschland ausgetauscht. Gerade in jener Zeit riß der unbarmherzige Tod ihm die Gattin von der Seite. Und dann kam die Zeit, die einen neuen tiefen Schmerz in die Seele dieses Mannes senkte: der deutsche Zusammenbruch und die Gefahr, daß die Saargegend vielleicht an Frankreich verschachert wurde. Damals überschüttete die französische Propaganda die durch Krieg und Unterernährung entkräfteten Bewohner der Saargegend. Ein sagenhafter Professor „Wiese" verfaßte in jenen Tagen zwei historische Pamphlete schlimmster Sorte: „Aus Saarbrückens Vergangenheit, ein Rückblick 1919" und „Zur Geschichte der Stadt Saarlouis". Diese Schriften wurden sehr vielen Saarbewohnern ins Haus gesandt und hatten den Zweck, die Bewohner der Saargegend für Frankreich zu gewinnen. Die Bewohner sollten daraus die Anschauung gewinnen, daß das Saargebiet seiner geographischen Struktur nach ein Teil Frankreichs sei und daß von der keltisch-römischen Zeit bis in die Gegenwart die Verbindungen der Saarlande mit Frankreich so stark gewesen sind, daß das Land auch geschichtlich und kulturell zu Frankreich gehöre. Diesen geistigen französischen Vorstoß parierte Ruppersberg glänzend durch seine Schrift: „Aus Saarbrückens Vergangenheit, eine Antwort an Professor Wiese", veranlaßt und herausgegeben von der Geschäftsstelle „Saarverein" in Berlin in demselben Format, in derselben Schrift usw. wie die Wiesesche Lügenschrift. Darin deckte er alle Fälschungen auf, die in diese Machwerke einer dunkeln Propaganda hineingelogen worden waren. Dieses unerschrockene Eintreten für das rein deutsche Saargebiet, wie Ruppersberg es auf Grund seiner umfassenden geschichtlichen Kenntnisse aufweisen konnte, hat damals überall im Saargebiet stärksten Eindruck und größte Hochachtung hervorgerufen.

Wie stark und zäh dieser Mann am Deutschtum festhielt in jenen trüben Tagen, das offenbarte eine kurze Szene im Amtszimmer des Oberbürgermeisters Mangold im Saarbrücker Rathaus. Unmittelbar nach dem Einzug der Franzosen und der Besetzung Saarbrückens unterbreitete Stadtverordneter Th. Vogel dem Oberbürgermeister den schriftlichen Antrag, in der nächsten öffentlichen Stadtverordnetensitzung ein eindeutiges Bekenntnis der Stadt für den unbeugsamen Willen, mit dem deutschen Vaterlande verbunden zu bleiben, abzugeben. Oberbürgermeister Mangold begrüßte diesen Antrag, falls das Stadtverordnetenkollegium einmütig zustimmen würde. Leider stieß Oberbürgermeister Mangold bei einzelnen Stadtverordneten, deren Namen heute aus bestimmten Gründen nicht mehr genannt werden sollen, auf gewisse Bedenken, infolgedessen er sich veranlaßt sah, dem Stadtverordneten Vogel davon Kenntnis zu geben, daß unter diesen Umständen seinem Antrag leider nicht entsprochen werden könnte. — In dem Augenblick, als letzterem diese Mitteilung eröffnet wurde, betrat Professor Ruppersberg, ebenfalls Stadtverordneter, das Amtszimmer des Oberbürgermeisters, um unabhängig von der eben stattgehabten Besprechung den gleichen Antrag zu unterbreiten. Als auch ihm der Oberbürgermeister die vorgenannten Gründe für die Ablehnung mitteilte, war Professor Ruppersberg sichtlich aufs tiefste erschüttert, kreidebleich drohte er fast zusammenzubrechen. Auch er war damals der Ueberzeugung, daß das eindeutige Bekenntnis der Stadtverordneten in öffentlicher Sitzung den unbeugsamen Willen mit dem deutschen Vaterlande verbunden zu bleiben, Frankreich von Anfang an gezeigt hätte, wie kerndeutsch die Saar-

Unser Saargruß

Zum zehnjährigen Bestehen der Ortsgruppe Frankfurt a. M.

Auen und Felder des Grüns sind beraubt,
Bäume und Sträucher entblättert, entlaubt.
Durch das Tal zieht, müde und träg
Vorwärts sich windend der Fluß seinen Weg.
Ueber der uralten Wälder Gezweig
Schimmert und flimmert das Sternenreich.
Wölbt sich der Himmel, im Abendschein klar:
Winterlich ruhst du mein Land an der Saar!

Ueber zehn Jahre nun trägst du das Leid,
Sommers und Winters, zu jeglicher Zeit;
Ueber zehn Jahre herrscht über dich schwer
Fremde Gewalt und fremdes Gewehr
Menschen, die nicht deine Sprache versteh'n,
Die auf den welschen Vorteil nur seh'n.
Bringen dir Not und Sorge und Harm —
Land an der Saar wie wurdest du arm!

Doch wir hier draußen, selbst auch in Not
Haben verstanden der Stunde Gebot:
All' die die Heimat je teilten mit euch,
Wo sie auch waren im ganzen Reich,
Sei es im Norden Süd Ost oder West
Alle die faßten die Hände sich fest
All' die gelobten tiefernst sich und wahr
Treue zu halten dir, Land an der Saar!

Nun ging's an die Arbeit im ganzen Land
Bis jeder es wußte bis jeder verstand
Den Kampf, den ihr führtet für Heimat und Recht,
Für Freiheit und Leben für's deutsche Geschlecht.
Bis alle erkannten den welschen Betrug,
Der euch in des Völkerbunds Fesseln schlug,
Und immer größer wurde die Schar
Der Kämpfer und Streiter für unsere Saar.

Auch wir hier in Frankfurt, wir gingen mit,
Wir kamen auch vorwärts, zwar Schritt nur für Schritt,
Eroberten langsam manch steinig Gefild,
Wenn treulich wir malten der Heimat Bild.
Auch das sind zehn Jahr heut! Wir schauen zurück
Auf unsere Arbeit mit dankbarem Blick.
Wir durften mitstreiten und helfen fürwahr
Den Brüdern und Schwestern an unserer Saar.

Ist's heut auch noch Winter — der Frühling, er naht,
Und einmal wird keimen auch unsere Saat,
Es wird auch einmal kommen die Zeit.
Da all eurer Fesseln ledig ihr seid.
Dann fällt jede Mauer, die heut uns noch trennt,
Dann findet die fremde Herrschaft ihr End',
Dann horstet am Winterberg wieder der Aar
Nach Kampf und nach Sieg! Glückauf, deutsche Saar!

Victor von Kraewel.

Barockkunst im Saargebiet

Von St.-R. Dr Ewald Reinhard.

Es ist noch nicht allzu lange her, daß man über die Kunst im Saargebiete eingehender unterrichtet ist; eigentlich erst seit den epochemachenden Arbeiten von Karl Lohmeier, einem geborenen Saarbrücker, der heute als Direktor des kurpfälzischen Museums

bevölkerung denkt, treu dem heute auch noch geltenden Wahlspruch „Deutsch die Saar immerdar".

Ruppersberg hat vom ersten Tage an, da das Saargebiet abgetrennt wurde, bis zu seinem Ende mit der Feder den gerechten Kampf um die Deutscherhaltung des Saargebiets geführt. Und wenn in nunmehr absehbarer Zeit die Freiheitsglocken für das Saargebiet läuten und die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande verkünden, dann wird man den Mann nicht vergessen dürfen, der die geistigen Waffen geschärft hat, mit denen es möglich war, die unrechtmäßigen gallischen Ansprüche auf das urdeutsche Land an der Saar zunichte zu machen.

Uns aber, die wir an seinem Grabhügel stehen, sei er als Mensch und als Kämpfer ein leuchtendes Vorbild.

F. Kl.

Auf dem toten Punkt

Bevor noch die eigentlichen Verhandlungen über die Liquidierung der Saarfrage recht begonnen haben, sind diese bereits auf einem Punkt angelangt, der einen völligen Frontwechsel erforderlich macht, oder den Abbruch erwarten läßt. Im Saargebiet gibt man sich seit langem keiner Täuschung mehr darüber hin, daß die Franzosen von vornherein die Verhandlungen sabotiert haben. Gingen sie schon unter Briands Ministerpräsidentschaft nicht vorwärts, so konnte man während der Ministerpräsidentschaft Tardieus kaum damit rechnen, daß sie ein schnelleres Tempo annehmen würden. Die jetzige Regierungskrise in Frankreich, die nach dem Eintagsregiment des Kabinetts Chautemps offenbar zu einer strafferen Rechtsregierung hinüberleitet, ist gleichfalls nicht dazu angetan, hier eine Aenderung herbeizuführen. Man fragt sich in Saarbrücken wie in Berlin, was eigentlich unsere Unterhändler in Paris treiben, nachdem man wochenlang auch nicht die leiseste Andeutung davon vernehmen konnte, daß man nun wirklich zu ernster Beratung zusammengekommen sei.

In diesen Tagen meldeten die Pariser Blätter, daß die Saarverhandlungen überhaupt eine Unterbrechung erfahren hätten. Von deutscher Seite wurde das bestritten und erklärt, daß die deutsche Abordnung vor kurzem eine Denkschrift überreicht habe, in der die deutschen Vorschläge zur Lösung der Saarfrage festgelegt und eingehend begründet werden. Die französische Abordnung soll gegenwärtig mit der Prüfung dieser Denkschrift beschäftigt sein. Es ist nicht zu erfahren, ob es sich hierbei um die gleiche Denkschrift handelt, die bereits vor Weihnachten von der deutschen Delegation ausgearbeitet worden sein soll, oder ob es sich um eine Antwort auf ein französisches Memorandum handelt, das nach früheren Meldungen der deutschen Delegation zur Stellungnahme überreicht wurde. Die völlige Schweigsamkeit aller beteiligten Stellen läßt jedenfalls nur die eine Deutung zu: Die Verhandlungen stehen still; stehen still, weil Frankreich sich der Verpflichtung aus dem Young-Plan zu entziehen sucht, die Vergangenheit zu liquidieren.

Wir haben mehrfach auf den innigen Zusammenhang der Versailler Saarregelung mit der Reparationsfrage hingewiesen. Man muß den Reparationssachverständigen, die vor einem Jahre in Paris den Young-Plan aufstellten, den Vorwurf machen, daß sie sich trotz besserer Ueberzeugung haben von Frankreich beeinflussen lassen, die Saarfrage nicht in den Kreis ihrer Sachverständigenberatungen zu ziehen. Auf der ersten Haager Konferenz ist es dem verstorbenen Außenminister Dr. Stresemann nur unter größten Schwierigkeiten gelungen, Briand zu der Zusicherung zu veranlassen, im Zusammenhang mit der Haager Konferenz auch über die Liquidierung der Saarfrage in Sonderverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich einzutreten. Briand hat diese Zusage feierlich in einem Schreiben gegeben, nachdem er sich der Erkenntnis nicht entziehen konnte, daß die von Deutschland geforderte Saarliquidierung berechtigt ist. Er hat leider weder sein Kabinett noch sein Parlament von dieser Verpflichtung überzeugen können. Darauf ist es zurückzuführen, daß der Beginn der deutsch-französischen Saarverhandlungen ganz unberechtigterweise verzögert wurde und daß sie jetzt trotz fast viermonatiger Dauer noch genau in demselben Anfangsstadium sich befinden, wie in den ersten Novembertagen des vorigen Jahres.

Von der französischen Wirtschaft und von bestimmten politischen Kreisen Frankreichs wird nach wie vor das Saargebiet als begehrenswertes Ausbeutungsobjekt betrachtet und deshalb jede Regelung abgelehnt, die den fran-

---

in Heidelberg tätig ist. Seinen Studien verdanken wir die Erkenntnis, daß Saarbrücken, namentlich im 18. Jahrhundert, nicht nur einfach die sonst bei Residenzen übliche Ausschmückung erfuhr, sondern daß es geradezu ein Mittelpunkt der verklingenden Barockkunst wurde, demgegenüber in Südwestdeutschland kaum ein anderes Kunstzentrum als gleichwertig in Frage kommt.

Daß gerade Saarbrücken von diesen letzten Strahlen einer nach dem Höchsten strebenden Kunstentfaltung getroffen wurde, verdankt es dem Umstande, daß hier das Haus Nassau-Saarbrücken Hof hielt. Das Land war klein und unansehnlich, als Grenzgebiet zwar nicht ohne Bedeutung, aber es bedurfte denn doch einer Kraftnatur, wie es Fürst Wilhelm Heinrich (1741 bis 1768) war, um solche Werke zu vollbringen, wie sie ihm gelangen. Seinen ihm kongenialen Baumeister führte ihm das Schicksal in Friedrich Joachim Stengel zu, der, ähnlich wie Schlaun in Münster, die stille Residenz an der Saar mit den Werken seiner künstlerischen Phantasie schmücken sollte. Als erstes erstand ein mächtiger Schloßbau in Saarbrücken selbst, der von hohem Felsen weit in das Flußtal hinein grüßte, und mit seinen köstlichen Parkanlagen an ein Märchen erinnerte. Beim Einfall der Franzosen im Jahre 1793 wurde der herrliche Fürstensitz wie fast alle anderen Schlösser, ein Raub der Flammen. Unter diesen befand sich auch das von Stengel erbaute Schloß Jägerburg zu Neunkirchen.

Im Gegensatze dazu ist die katholische Kirche zu St. Johann mit ihrer geschmackvollen Fassade und dem gefälligen Innenraum unversehrt auf uns gekommen; ebenso steht noch der große Brunnen auf dem St. Johanner Marktplatze an seiner alten Stelle, desgleichen zeugen noch zahlreiche Häuser am Saarbrücker Schloßplatze, mit Einschluß des Rathauses, von der hohen Kunst Meister Stengels.

Alle diese Leistungen aber wurden überstrahlt von dem Plan, vor den Toren des alten Saarbrücken eine neue Kirche zu bauen und dieselbe in einen Rahmen von unerhörtem Ausmaße hineinzustellen. Die Kirche selbst sollte an Pracht und Schönheit nichts zu wünschen übrig lassen, und so entstand die Ludwigskirche — nach dem Vollender des Baues, dem Fürsten Ludwig von Nassau-Saarbrücken, genannt — ein wahres Juwel der ausgehenden Barockkunst, in dem freilich auch zahlreiche Anklänge an die Renaissance sich noch finden. Die Anlage ist die eines Zentralbaues; das Innere wirkt festlich, für den protestantischen Kultus höchst geeignet, indem der Kanzel eine bevorzugte Stellung eingeräumt wird. Das Aeußere, mit seinen prachtvoll profilierten Fenstern und der schönen Attika, auf der 28 Kolossalfiguren von der Kunst des Meißels erzählen, endlich die reichen Bildhauerarbeiten an den Wänden bilden mit dem viergeschossigen, abgestumpften Turme und dem kunstvoll gegliederten Dache eine einzige Harmonie von Kunst und Schönheit. Wenn dann auch die vorgesehenen 26 Monumentalbauten zum Schmucke des Platzes nicht zur Ausführung gelangten, so bildeten doch die an ihrer Stelle errichteten neun palastähnlichen Gebäude einen würdigen Rahmen, und ein gütiges Geschick hat uns diese fürstliche Bauanlage bis heute leidlich erhalten. Die Ludwigskirche, vor dem Weltkriege wieder instandgesetzt, zeigt sich uns jetzt nicht minder großartig wie den Zeitgenossen Stengels.

In derselben Zeit malte der fürstliche Hofmaler Dryander, von dem zahlreiche Gemälde und Zeichnungen uns erhalten sind, spielte Iffland in Saarbrücken, dichtete der Elsässer Freiherr von Bilderbeck als saarbrückischer Hofjunker seine Romane und Dramen.

Ein Saarbrücken im kleinen war die nahegelegene Residenzstadt des Reichsgrafen von der Leyen: Blieskastel. Auch hier schuf das Machtgebot eines Duodezfürsten ein prächtiges Schloß, dessen Baumeister, Christian Ludwig Hautt, ein Landeskind aus Hasselden war. Leider hat hier welsche Zerstörungslust ebenfalls alles in Trümmer sinken lassen; nur die ehemalige Franziskaner-Hofkirche und einige Barockbauten am Schloßberg sind erhalten geblieben.

Dasselbe Schicksal, wie diese beiden Fürstensitze, hatte der „Karlsberg" bei Homburg in der Pfalz. Hier hatte die Fürstenlaune derer von Pfalz-Zweibrücken ein Schloß erstehen lassen, das

zösischen Einfluß im Saargebiet in wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht beeinträchtigen müßte. Frankreich schätzt das Saargebiet als Absatzmarkt für französische Waren, da es von allen französischen Absatzmärkten an sechster Stelle steht; es will ferner die Saargruben möglichst in der Hand behalten, um sich unabhängiger vom internationalen Kohlenmarkt zu machen. Die durch die Annexion Elsaß-Lothringens herbeigeführte Zerreißung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Saar und Elsaß-Lothringen möchte man wenigstens durch zollpolitische Einbehaltung des Saargebietes einigermaßen ausgleichen. Die verschiedensten Propagandamaßnahmen Frankreichs im Saargebiet — Einrichtung französischer Schulen, Gründung frankophiler Arbeiterbünde, Verbreitung französischer Literatur und Propagandaschriften — haben zu der Ueberzeugung geführt, daß Frankreich trotz seiner Erkenntnis über den rein deutschen Charakter des Saargebiets seine Annexionspläne noch nicht aufgegeben hat, wie sie im Jahre 1917 von Briand und später von der französischen Besatzung aufgestellt und verfolgt worden sind.

Wenn auch Einzelheiten über die deutsch-französischen Saarverhandlungen bisher nicht bekannt geworden sind, so ist doch soviel durchgesickert, daß Frankreich seinen Anspruch auf die Saargruben in der einen oder anderen Form aufrecht erhält, daß es die Sicherung der in der Saarwirtschaft festgelegten französischen Kapitalien und zudem ein umfassendes Uebergangsregime verlangt, das Frankreich gestattet, noch Jahre nach 1935 auf Kosten Deutschlands seine Vormachtstellung auf dem Saarmarkt zu behaupten.

In der französischen Presse wurde jüngst behauptet, daß die deutsche Abordnung für die Saarverhandlungen der französischen Abordnung Vorschläge unterbreitet hätte, welche die Umwandlung aller gegenwärtig in Privatbesitz befindlichen Saargruben in eine gemischte deutsch-französische Gesellschaft zum Gegenstand haben sollen. Wieweit diese Nachricht zutrifft, ist nicht festzustellen; es könnte sich hierbei nur um die beiden saarländischen Privatgruben Hostenbach bei Völklingen und Frankenholz auf pfälzischem Gebiet handeln. Es wäre denkbar, daß man daran gedacht hat, diese beiden Gruben weiterhin in Privatpacht zu geben, da sie nicht zu den sogen. Dominialgruben gehören, die jetzt vom französischen Staat ausgebeutet werden. Aber damit scheint Frankreich nicht zufrieden zu sein. Gerüchtweise wird bekannt, daß sich seine Ansprüche auf jene Pachtverträge zu stützen suchen, die zwischen lothringischen Zechen und dem französischen Saargrubenfiskus mit Anerkennung der Saarregierung abgeschlossen wurden und für die bekanntlich eine Vertragsdauer von 99 Jahren vorgesehen ist. Aus diesen Pachtverträgen versucht Frankreich in den jetzigen Verhandlungen scheinbar Rechtsansprüche herzuleiten, die sich auf die Ausbeutung der gesamten Warndtkohlenfelder beziehen. Man hat bisher nicht erfahren, wieweit diese Ansprüche gehen, können uns aber nicht denken, daß die deutschen Unterhändler bereit sein könnten, sich irgendwie auf Verhandlungen über diese Forderungen einzulassen. In der Praxis käme das auf eine Preisgabe des ganzen Warndtgebietes wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht heraus. Was das für die spätere wirtschaftliche Entwicklung des Saargebietes zu bedeuten hätte, weiß man im Saargebiet sehr wohl angesichts der Tatsache, daß hier die ertragreichsten und wertvollsten Kohlenfelder des Saargebiets überhaupt liegen.

Worauf diese Bestrebungen der französischen Unterhändler hinzielen, ist unschwer zu erkennen. Der französische Propagandajournalist im Saargebiet, Herly, hat das in einem von uns an anderer Stelle kommentierten Artikel ziemlich deutlich ausgesprochen. Frankreich will nicht nach Liquidierung der Saarfrage die von ihm benötigten Saarkohlen kaufen, wie es das Saarstatut vorsieht, sondern will sich diese Kohlen selbst im Saargebiet graben und ohne deutsche Kontrolle teils oberteils unterirdisch nach Frankreich ausführen. Es will damit der künftigen deutschen Saarkohlenwirtschaft Konkurrenz machen und durch Vergrößerung der Kohlenbetriebe an der lothringisch-saarländischen Grenze ein französisches Kohlenzentrum schaffen, das auch unter dem Gesichtspunkt grenzpolitischer Siedlung allerstärkste Beachtung verdient. Es wäre erwünscht, wenn während der 2. oder 3. Lesung der Haager Abkommen die Reichsregierung Gelegenheit nehmen würde, unzweideutig zu erklären, daß Deutschland unter keinen Umständen in eine Saarregelung einwillige, die nicht nur für Deutschland neue wirtschaftliche Opfer fordert, sondern politische Gefahren in sich birgt, deren Tragweite vorerst gar nicht abzusehen ist.

Der tote Punkt in den Saarverhandlungen könnte dadurch vielleicht am ehesten überwunden werden: entweder bekennen die Franzosen Farbe und sagen, was sie wollen,

---

mit seinen Zaubergärten, seinen Orangerien und all den Spielereien einer verwöhnten Zeit geradezu einem Paradiese geglichen haben muß. Das alles ist so gründlich zerstört, daß man von der einstigen Herrlichkeit kaum mehr den Platz anzugeben weiß, auf dem sie sich einst entfalteten.

Zuletzt blühte in der Barockepoche auch in den Klöstern noch hier und da ein köstliches Gebilde auf; von dem für die Saarlande so wichtigen Prämonstratenserkloster Wadgassan ist allerdings wenig zu berichten, da Kirche und Kloster samt ihren herrlichen Anlagen gänzlich verschwunden sind. Um so unmittelbarer aber wirkt auf uns Menschen der Moderne noch der schloßartige Konventsbau der Benediktiner von Mettlach. Unter dem Abt Ferdinand von Koeler wurde hier unmittelbar an den Ufern der Saar eine gewaltige Bauanlage geschaffen, die mit ihrer 27fensterigen Stirnseite wie der Palast eines Großen anmutet. Eine entsprechende Kirche zu errichten, ließ die Ungunst der Zeit nicht zu. Nach der Vertreibung der Mönche kamen die Gebäude in fremde Hände; heute befindet sich darin die weltbekannte keramische Fabrik von Villeroy und Boch.

Als der Sturm der französischen Revolution über das Saargebiet dahinbrauste, verwelkten alle Kulturblüten. Die Schlösser und Klöster verödeten, die einstigen Inhaber irrten schutzsuchend in der Fremde umher, und über all das Schöne, was ehedem war, sank der Schleier der Vergessenheit herab.

Die preußische Verwaltung machte aus den Fürstensitzen Kreisstädte, und sie wurden zum Teil elende Krähwinkel, die hinter Trier auf der einen Seite und Speyer auf der anderen nicht aufkamen.

Erst die Industrie gab manchen von diesen Orten, insbesondere der Großstadt Saarbrücken, ihre Bedeutung in einem anderen Sinne zurück.

Und diese Entwicklung war es auch, die den Boden für ein neues Verständnis der wertvollen Baudenkmale aus der Fürstenzeit bereitete.

Sicher ist in der Folgezeit, und namentlich in der Gegenwart, noch manch prächtiges Bauwerk an der mittleren Saar erwachsen, aber der Reiz des Landes und der eigentliche Kultur-Barockkunst, und ihre Erhaltung gilt eben mehr als je als Allduft beruhen doch in jenen unvergänglichen Denkmälern der gemeinpflicht; denn nur der ist der Väter wert, der ihren Spuren pietätvoll nachgeht und das Echo ihres Wirkens allezeit in sich nachklingen läßt.

Auswanderung von Saarländern nach Rußland im Jahre 1817

Als im Sturmesbrausen der französischen Revolution die Güter und Besitztümer der saarländischen Territorienherrschaften säkularisiert und öffentlich versteigert wurden, brach in unserer Heimat ein tausendjähriger Rechtszustand, die Leibeigenschaft, endgültig zusammen. Die Bauern wurden über Nacht zu Herren des Gemeindebannes, dessen Benutzung vorher mit der Zehntabgabe und den Frondiensten verbunden war. Als freie Herren ihrer Feldgemarkung erreichten sie, von der französischen und preußischen Regierung unterstützt, die Aufteilung und Parzellierung der Feldgewanne und damit verbunden die Erbübertragung ihres Gesamtbesitzes auf alle Kinder.

Die Folge dieser Neuordnung war die Entstehung des saarländischen Kleinbauerstandes, der zur Bearbeitung seines mediatisierten Landbesitzes nicht mehr auf die Hilfe von Taglöhnern angewiesen war. Die alten, erstangesessenen Taglöhnerfamilien, die bisher gegen Naturalentschädigung für die Bauern gearbeitet hatten, sahen sich durch diese Umstände ihrer alten Verdienstquellen beraubt und verfielen zum großen Teile, wenn es ihnen nicht vergönnt war, billiges Gemeindeland zu kaufen, der Not und der Arbeitslosigkeit. Hätte unsere Heimat schon in jenen Jahren ihre blühende Industrie besessen, so wäre es ein Leichtes

oder sie erklären, daß sie an der Weiterberatung kein Interesse mehr haben. Man wird dann neue Wege zu suchen haben, die den deutschen Interessen, dem Willen der Saargebietsbevölkerung und dem vertraglichen und moralischen Recht näher kommen als jene, die bisher zur Liquidierung der Saarfrage gegangen wurden.

Die Drahtzieher der Pariser Verhandlungssaboteure

Jean Revires Kampf gegen die Saarverhandlungen

Kürzlich ist aus der Feder des bekannten französischen Saarpropagandisten Jean Revire eine neue 124 Seiten starke Broschüre unter dem „perdrons-nous la Sarre?" (Werden wir die Saar verlieren?) erschienen. Dieser Schrift kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil es sich bei dem Verfasser um den von der französischen Bergverwaltung, also vom französischen Staat bezahlten Beamten Robert Herly handelt. Es ist dies also eine Propaganda, für die letzten Endes der französische Staat die Verantwortung trägt. Im gegenwärtigen Augenblick verdienen also diese Auslassungen ganz besonderes Interesse. Die ersten mehr als 100 Seiten bringen demjenigen, der laufend die Propagandatätigkeit Revires verfolgt hat, nicht viel Neues. Es wird das ganze Saarproblem in seiner historischen Entwicklung im Verlaufe der letzten 11 Jahre in französischem Sinne geschildert. Es werden erneut alle möglichen Dinge behauptet, die schon tausendmal widerlegt sind und die durch immer neues Betonen doch nicht wahr werden. Besonders reizvoll ist es für den deutschen Leser, daraus zu entnehmen, daß gegen die im Saargebiet tätigen Franzosen der Vorwurf erhoben wird, daß sie sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt und vollständig versagt hätten.

Im Vorwort heißt es: „Die Saarländer werden Frankreich kein schlechtes Andenken bewahren. Alle diejenigen, die in diesen zehn Jahren im Saargebiet waren, in leitender oder untergeordneter Stelle, haben in den Herzen der Einwohner den Eindruck hinterlassen, daß es arbeitsame, gewissenhafte Leute mit tiefer Menschlichkeit waren ... Deshalb war das Saarregime keine verlorene Zeit, früher oder später wird Frankreich Nutzen davon haben!" Im Saargebiet denkt man allerdings über diese Leute ganz anders. Man wird die Franzosen gewiß niemals vergessen, aber in einem ganz andern Sinne, als Revire dies vermuten läßt. Man hat es nur zu deutlich erfahren, daß es zusammengewürfeltes Abenteurervolk war, das seinen Weg ins Saargebiet genommen hat und es gewiß nicht die besten Kräfte des französischen Volkes waren, die hier für Frankreich moralische Eroberungen machen sollten.

Im übrigen liest sich die ganze Broschüre wie ein mehr oder weniger wehleidiger Nachruf auf das Saarregime. Wir wollen es uns in diesem Zusammenhange versagen, auf die Einzelheiten der Broschüre näher einzugehen, sondern begnügen uns in unseren Betrachtungen mit den letzten 15 Seiten, wo Revire auf die Saarverhandlungen zu sprechen kommt, denn das sind ja schließlich die Dinge, die im Augenblick ganz besonderes Interesse erregen.

Es wird da zunächst geschildert, wie es überhaupt zu den Saarverhandlungen kam. Es wird dargelegt, daß die Nachricht von Briands Zusage der Einleitung von Saarverhandlungen in Frankreich die größte Bestürzung hervorgerufen habe. Vor allem bei den Kreisen, die wirtschaftlich am Saargebiet interessiert sind. Denn es handelt sich bei der Saar um den sechstbesten Kunden Frankreichs, der mehr französische Waren beziehe als Italien, Spanien oder die Vereinigten Staaten von Amerika. Es heißt dann wörtlich weiter:

„Man fragt sich, welche Kompensationen können wir für die Konzessionen erlangen, die wir machen sollen. Das Reich muß uns den Wert der Gruben in Gold bezahlen. Aber das ist die gleiche Lage, wie im Jahre 1935, selbst bei einer für uns ungünstigen Volksabstimmung, wie es der Vertrag vorsieht. Aber dann können wir im Falle der Nichtbezahlung die Gruben liquidieren und sie vielleicht an französische Gesellschaften verkaufen. Aber nur dann, wenn wir bis 1935 warten. Im Jahre 1929 und 1930 bliebe uns keine Waffe im Falle böswilliger Zahlungsverweigerung des Schuldners. Gewiß werden uns die Deutschen gewisse Kohlenmengen anbieten, aber das ist auch im Jahre 1935 der Fall, da der Friedensvertrag vorsieht, daß derartige Lieferungen erfolgen sollen zu Preisen, die der Völkerbund festsetzt. Wenn das Reich erst einmal wieder in Saarbrücken Fuß gefaßt hat, könnte es seine Gestehungskosten heraufsetzen und uns dann mittels der Preis-

---

gewesen, die arbeitslosen Taglöhner unterzubringen. Da unsere Industrie aber noch in den Anfängen der Entwicklung stak und nur wenig Menschenkräfte benötigte, sahen sich die arbeitslosen Taglöhner und auch mancher Kleinbauer, dessen ererbter Grundbesitz zum Unterhalt seiner Familie nicht ausreichte, gezwungen, sich nach anderen Erwerbsquellen umzusehen.

Als sich zu dieser Erwerbsnot noch das Hungerjahr 1816/17 gesellte, in welchem der Doppelzentner Korn 46 Frs. und der Doppelzentner Gerste 36 Frs. kostete, schritt die Not, von Elend und Hunger begleitet, durch unsere Dörfer. Bei einem Tagesverdienst von 2 Frs. kostete das Kornbrot 2,20 Frs. und das Pfund Rindfleisch 1,70 Frs. Die Not zwang viele Kreiseingesessene zum Betteln, das unnachsichtlich von den Behörden bestraft wurde. Die Heimat konnte viele ihrer Kinder nicht mehr ernähren, stieß sie aus in die Fremde und öffnete der Auswandererlust Tür und Tor.

Polnische und russische Agenten umgaukelten die Phantasie der Erwerbslosen mit großen Landverheißungen. Das dünn bevölkerte Rußland hatte bei seinem Landüberfluß noch viele tüchtige Ansiedler notwendig. Günstige Auswanderungsbedingungen, wie kostenloses Ackerland und von der Regierung geschenkte Ackergeräte, lockten und verhießen — und das russische Konsulat in Karlsruhe wurde mit Einwanderungsgesuchen und Paßanfertigungen überhäuft. Laut den Veröffentlichungen des Kreiskommissarius Schmelzer (Landrat des Kreises Saarlouis) haben im Jahre 1817 die Auswanderung nachgesucht und erhalten: Peter Urnau von Saarwellingen, Nik. Schäfer von idem. (dort), Johann Koller von Fahlscheid, Peter Hoffmann von Saarwellingen, Peter Krämer von id., Stephan Schäfer von id., Johannes Feldes von id., Matthias Brau von Körprich, Peter Schmitt von Bettingen, Johann Glaß von Schwarzenholz, Johann Gillet von Schwarzenholz, Johann Ewen von Bettingen, Matthias Lauck von id., Nik. Hantz von id., Johann Jost von Hüttersdorf, Johann Müller von id., Jakob Hantz von id., Johann Woll von id., Matth. Oster von id., Obert Johann von Derlen, Speicher Hubert von id., Schmitt Heinrich von Sprengen Suisse Joh von Dillingen, Jakob Paulus von Saarwellingen, Joh. Georg Altmeyer von daselbst, Peter Heinrich von Fahlscheid, Kaspar Schäfer von Saarwellingen, Johann Schäffer von Lebach, Jakob Kathrein, Neffe des Obigen, Johann Zapp von id., Peter Weisgerber 4 von Schwarzenholz, Peter Pusse von Goldbach, Johann Pusse von Bettingen, Jakob Schneider von Schwarzenholz, Nikolaus Schäfer der Jüngere von Saarwellingen, Michel Oster von Hüttersdorf, Nik. Klein von id., Matthias Oster jr. von id., Matthias Mahlsack von Fraulautern, Dominikus Posien von Differten, Matth. Zang von id., Nik. Trunsler von id., Jakob Ar von id., Kiefer Matth. von Roden, Amann Joh. von Griesborn, Hoffmann Heinr. von id., Louis Nik., von id.. Joh. Ziegler von Fahlscheid, Adam Altmeyer von id.

Ich habe diese Namen angeführt, um es den heutigen Trägern dieser Namen zu ermöglichen, einmal in ihrer Familiengeschichte Rückschau zu halten und sich bei den ältesten Ortsbewohnern zu erkundigen, ob ihnen noch etwas von diesen Auswanderern überliefert wurde und vielleicht noch alte Briefe der Ausgewanderten vorliegen. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben sich die Wolgadeutschen, von denen in letzter Zeit oft in der Zeitung die Rede ist, aus diesen Auswanderern rekrutiert. Die deutschen Ansiedler an der Wolga haben bis zur Stunde ihre deutsche Eigenart bewahrt und sind Träger der deutschen Kultur im Osten geworden, die somit auch einen Schuß saarländischen Blutes und saarländischer Eigenart erhalten hat. Ob sich die Wolgadeutschen noch ihrer alten Saarheimat erinnern? Ich glaube nicht; denn wie mir ein Freund neulich erzählte, traf er in Saarbrücken einen Deutschrussen, der wohl noch wußte, daß seine Ahnen hier von der Grenze stammten, sich aber zu seinem großen Bedauern nicht mehr des Ortes ihrer Geburt erinnern konnten. Vielleicht war er ein Urenkel jener Auswanderer aus den Jahren 1816 und 1817.

Klaus Schmauch-Piesbach.

schraube die Kohle entziehen. Bedeutet es denn gar nichts, fünf Jahre lang Kohle zu günstigen Preisen zu bekommen?

Wie soll man weiter unsern Export nach dem Saargebiet aufrechterhalten, wenn unsere Zollgrenze nicht die Einfuhr deutscher Waren verhindert und wenn die Markwährung den Saarländern genügende Kaufkraft gibt, um ihren Bedarf im Reich zu decken? Zweifellos werden unsere Unterhändler behaupten, es ginge darum, den Saarmarkt auch im Falle ungünstiger Volksabstimmung über das Jahr 1935 zu erhalten. Aber es ist gar nicht sicher, daß sich unsere industriellen Unternehmungen im Saargebiet werden halten können, wenn das Reich Herr der Kohle geworden ist, denn das Reich hat Angst vor der Französisierung des Gebietes. Genau so wie vor dem Kriege Franzosen ungehindert in Deutschland reisen konnten, aber für den Besuch Elsaß-Lothringens einer besonderen Genehmigung bedurften, ebenso ist zu befürchten, daß das Reich unseren Industriellen zwar Niederlassungen in Hamburg, Stettin oder Dresden gestattet, aber ein Verbleiben in Saarbrücken auf keinen Fall duldet. Gewiß wird uns das Reich in dem künftigen Abkommen die schönsten Versprechungen machen. Aber trotzdem bleibt zu befürchten, daß man mit tausend Schikanen unsere Niederlassungen zur Stillegung zwingt und wenn einmal unsere Industriellen vertrieben sind. — Röchling hat einmal erklärt, daß kein französischer Ingenieur und kein französischer Arbeiter im Saargebiet bleiben dürfe — dann werden ihre deutschen Nachfolger ihren ganzen Bedarf in Westfalen decken. Was nutzen uns dann alle zollpolitischen Erleichterungen?

Es ist offensichtlich, daß alle Konzessionen, die uns die Deutschen 1930 machen können, sie uns auch 1935 werden zugestehen müssen, da das Saargebiet von uns abhängig bleibt durch den Bezug von Erzen und Lebensmitteln, durch unsere Absatzmärkte und Verkehrswege. Wir können daher wirtschaftlich bei den Verhandlungen nichts gewinnen, wir können jetzt höchstens verlieren.

Gewiß handelt es sich um das Werk der Verständigung mit Deutschland. Man muß gewisse wirtschaftliche Interessen diesem großen Ziele unterordnen. Aber, so fragen wir die Franzosen, warum war diese deutsch-französische Zusammenarbeit seit 1920 unmöglich? Das Regime des Versailler Vertrages sah dies doch vor: Es gab in Saarbrücken eine internationale vom Völkerbund ernannte Regierung, von demselben Völkerbund, in dem Deutschland selbst Mitglied ist, der eine Art vereinigter Staaten Europas darstellt. Das Saargebiet hatte seine Zollunion mit Frankreich und dem Reich. Es gab keine Armee (und der „Saarbahnschutz"), keine Festungen. Warum soll man das Bestehende zerstören, das sich auf Grund langjähriger Erfahrungen herausgebildet hat? Man fragt sich, wenn das Reich, das aus der Saarangelegenheit eine Prestige-Sache macht, die Absicht hat, ein ganzes Kapitel des Friedensvertrages zu streichen, will man dann nicht auch die Bestimmungen über Danzig und Oesterreich aus der Welt schaffen? Vielleicht will man auch gleichzeitig mit der Räumung von Mainz im Saargebiet eine militärische Basis errichten. Auf jeden Fall, wenn wir auf die Volksabstimmung verzichten, erklären wir uns von vornherein für besiegt. Wir verwischen damit nicht den Eindruck, einer uns ungünstigen Abstimmung und das Reich könnte sich nach zehn Jahren des Kampfes für seine Kultur eines großen Sieges rühmen ....

Die Wahrung der Rechte der Bevölkerung (Briand) bedeutet ein Festhalten an der Volksabstimmung. Damit ist das Hauptargument der Liquidatoren zerstört, die da sagen, es handelte sich darum, Frankreich eine schimpfliche Niederlage zu ersparen. Das macht ja die ganzen Verhandlungen außerordentlich schwierig. Von dem Augenblick an, wo man an der Volksabstimmung festhält, könnte Frankreich sich nicht daran desinteressieren. Alle französischen Stellungen müssen gehalten werden. Die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über das Gebiet wäre unmöglich, da der Völkerbund die Verpflichtung hätte, die Freiheit und Aufrichtigkeit der Abstimmung zu garantieren.

Es ist daher durchaus klar, daß das politische, zollpolitische, geldliche und wirtschaftliche System des Saargebietes unverändert bleiben muß. Die Trennung von Saargebiet und Lothringen wäre eine wirtschaftliche Katastrophe, die beiden Ländern eine schlimme Krise bringen müßte, in gleicher Weise im Jahre 1929 wie 1935. Man muß daher darauf hinarbeiten, sei es nun auf dem Verhandlungswege, sei es durch die Vorbereitung der Volksabstimmung, daß nicht das getrennt wird, was die Natur zusammengefügt hat, sondern daß die bestehenden Bindungen erhalten bleiben."

Diese Ausführungen sind in Zusammenhang mit der Pariser Verhandlungstaktik äußerst aufschlußreich. Von Rechts- oder Moralgründen ist keine Rede, nur reiner Geschäftsegoismus und krasser Unterdrückungswille kennzeichnet die französische Saarpolitik. Herly malt den Franzosen eine deutsche Zahlungsunfähigkeit an die Wand, um sie zu veranlassen, an der Fortsetzung einer Privatisierung der Saargruben festzuhalten.

Sicher ist es, daß es für das Deutsche Reich, mit Rücksicht auf seine schwierige Finanzlage nicht leicht sein wird, die benötigten Gelder für den Rückkauf der Gruben flüssig zu machen. Aber man kann der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck geben, daß irgendein Weg gefunden wird, um dieses Geld aufzubringen. Denn trotz aller Reparationszahlungen ist Deutschland glücklicherweise noch nicht so arm, daß es eine treudeutsche Bevölkerung, die solange für ihr Deutschtum gekämpft hat, aus Mangel an finanziellen Mitteln verschachern müßte. Also die sich daran knüpfenden französischen Hoffnungen sind sehr schwach begründet. Ebenso unsinnig ist es, was über die Kohlenlieferungen gesagt wird. Denn bei der Lage des Weltkohlenmarktes, wie sie zurzeit ist und wie sie sich auch in Kürze kaum ändern dürfte, wäre es ein wirtschaftlicher Widersinn, wenn Deutschland versuchen würde, Frankreich die von ihm aus dem Saargebiet gewünschten Kohlenmengen zu entziehen. Im Gegenteil wird Deutschland durchaus bereit sein, durch besondere Abmachungen sich zur Lieferung der Kohlenmenge zu erträglichem Preise zu verpflichten, die Frankreich zu beziehen wünscht.

Was weiter die handelspolitische Seite der Frage angeht, so ist es auf Grund des Friedensvertrages ohne weiteres klar, daß Frankreich spätestens im Jahre 1935 den Saarmarkt verlieren wird. Auf dem Verhandlungswege wäre hier aber zweifellos für Frankreich ein viel besseres Uebergangsregime zu erzielen, als wie es nach erfolgter Volksabstimmung im Jahr 1935 möglich wäre. Es kann daher auch Frankreich handelspolitisch nur gewinnen, wenn es in dieser Hinsicht jetzt schon zu einem alle Teile befriedigenden Abkommen gelangen wird. Wenn es weiter heißt, daß Deutschland, als Herr der Kohle, mit Gewalt und Schikanen die französischen Unternehmungen aus dem Saargebiet vertreiben wolle, so spricht aus diesen Ausführungen das schlechte Gewissen. Man denkt eben daran, daß Deutschland es genau so machen könnte, wie es Frankreich im Jahre 1919 gemacht hat. In Deutschland setzt man aber nicht solche Rachegedanken. Der christliche Metallarbeiterverband hat kürzlich in einer Entschließung zu erkennen gegeben, daß er grundsätzlich gegen eine Aufrechterhaltung des französischen Kapitalbesitzes in der Saareisenindustrie nichts einzuwenden habe, allerdings unter der Voraussetzung, daß die deutsche Gesetzgebung restlos zur Durchführung gelangt. Das ist ja schließlich eine Selbstverständlichkeit. Die gegenwärtige Lage auf dem deutschen Kapitalmarkt würde es zurzeit überhaupt verbieten, an eine Ablösung des französischen Kapitals durch deutsches Kapital zu denken, da kaum das hierfür erforderliche Geld in Deutschland aufzutreiben wäre

Ebenso unsinnig ist es, wenn es heißt, daß Frankreich bei den jetzigen Verhandlungen wirtschaftlich nicht mehr gewinnen könne als im Jahre 1935; denn jetzt können derartige wirtschaftliche Abmachungen unter für Frankreich viel günstigeren Voraussetzungen zum Abschluß kommen als im Jahre 1935. Ueber die deutsch-französische Verständigung hat Revire die eigenartigsten Auffassungen. Er muß zwar zugeben, daß auch Franzosen im Interesse dieser Verständigung die Vereinigung der Saarfrage fordern. Er hält diese Auffassung aber für falsch. Für ihn erscheint die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes die beste Möglichkeit zu einer solchen Verständigung. Eine immerhin recht merkwürdige Auffassung. Für diesen Franzosen bedeutet es also Verständigung, wenn Deutschland eine 800 000 Menschen umfassenden rein deutschen Bevölkerung preisgibt, damit diese für ewige Zeiten unter einem internationalen Regime leben soll. Es bedarf an dieser Stelle keiner näheren Ausführung, daß die naturnotwendige Voraussetzung einer solchen

Verständigung die Räumung des Saargebietes ist, wie sie die gesamte Saarbevölkerung fordert. Wenn so dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes erst einmal Rechnung getragen ist, will die Saarbevölkerung schon im eigenen Interesse gerne mit ihrem westlichen Nachbar in Frieden und Freundschaft leben; dann kann das Saargebiet zur Brücke zwischen Deutschland und Frankreich werden. Aber erst muß einmal diese unumgängliche Voraussetzung erfüllt werden. — Wenn weiter Revire der Befürchtung Ausdruck gibt, daß die Befreiung des Saargebietes nicht der letzte Schritt auf dem Wege des Versailler Friedensvertrages sein wird, so deutet er damit nur an, wie notwendig es ist, diesem Diktat die gefährlichsten Giftzähne auszubrechen. Nicht nur in der Saarfrage sind durch diesen angeblichen Vertrag natur- und rechtswidrige Zustände geschaffen worden, die über kurz oder lang revidiert werden müssen. Niemand wird Deutschland daran hindern können, auf dem Wege über friedliche Verhandlungen zu einer Revision dieses Vertrages zu gelangen. Dadurch braucht sich aber Frankreich in keiner Weise beunruhigt zu fühlen; denn dadurch wird der europäische Friede nicht gefährdet, sondern im Gegenteil, fester verankert.

Unwahr ist es weiter, wenn behauptet wird, Briand denke nicht daran, auf die Volksabstimmung zu verzichten. Im Gegenteil. Briand hat auf der ersten Haager Konferenz Stresemann gegenüber ausdrücklich erklärt: „Selbst wenn ich wüßte, daß vielleicht aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus ein größerer Teil der Saarbevölkerung für Frankreich stimmen würde, als es tatsächlich der Fall ist, würde ich doch auf die Volksabstimmung verzichten, weil Frankreich keine weiteren Fremdkörper mehr vertragen kann! Man braucht dem nichts mehr hinzuzufügen. — Gewiß bedeutet eine Vereinigung der Saarfrage auf dem Verhandlungswege für Frankreich das Eingeständnis seiner Niederlage im Saargebiet; aber diese Niederlage ist ja bereits schon so offensichtlich, daß sie sich gar nicht verheimlichen läßt. Wie will man es denn vertuschen, daß tatsächlich Deutschland im Saargebiet der Sieger ist? Die Volksabstimmung ist gewiß das ungeeignetste Mittel dazu; denn dann wird die französische Niederlage erheblich offensichtlicher, als wenn man auf die Volksabstimmung verzichtet. Das ist ja eben der große Vorteil von einer jetzt erfolgenden Vereinigung der Saarfrage, daß Frankreich an der großen Blamage der Volksabstimmung vorbeikommt. Wenn Revire so tut, als wenn das Ergebnis noch gar nicht so sicher wäre, so klingt das wenig überzeugend; darüber brauchen wir auch mit einem Franzosen der so lange Jahre im Saargebiet zugebracht hat, nicht zu rechten.

Daß die Ziehung einer Zollgrenze zwischen Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet gewisse Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art bringen wird, kann man zwar nicht bestreiten; diese Schwierigkeiten können aber auf dem Verhandlungswege durch geeignete Uebergangsmaßnahmen stark abgemildert, wenn nicht ganz behoben werden. Zu einer Katastrophe wird es in keinem der beiden Länder kommen. Nachdem einmal Elsaß-Lothringen vom Deutschen Reiche abgetrennt worden ist, müssen an irgendeiner Stelle neue Landesgrenzen entstehen, durch die fünfzigjährige Wirtschaftsbeziehungen stark beeinträchtigt werden. Nach der französischen Theorie müßte dann schließlich nicht nur das Saargebiet, sondern auch dessen Nachbargebiete und schließlich ganz Deutschland annektiert werden, wenn man solche Schwierigkeiten vermeiden wollte! Als Frankreich die Abtrennung des Saargebietes von seinem Mutterlande erzwang und dadurch Schwierigkeiten für die Grenzgebiete zu beiden Seiten der neu gezogenen Grenze herbeiführte, da war man in dieser Frage weniger empfindlich!

Im Saargebiet jedenfalls — das kann nur immer wieder betont werden — sieht man den kommenden Dingen mit absoluter Ruhe entgegen; gewiß wünscht man nichts sehnlicher, als daß die Fremdherrschaft baldigst ein Ende finde, wenn aber die Kreise um Revire in Frankreich über die bessere Einsicht siegen, nun dann ist man auch gewillt, die fünf Jahre bis zur Volksabstimmung zu warten; dann wird der Herr Revire im Saargebiet seine Franzosen mit der Laterne suchen können.

Die Sozialversicherung des Saargebiets

Von Gewerkschaftssekretär Michely, Saarbrücken.

(Nach seinem am 1. Februar im Westdeutschen Rundfunk gehaltenen Vortrag.)

Durch den Vertrag von Versailles, Teil III, Abschnitt 4, wurde das Saarbeckengebiet, umfassend 1910 Quadratkilometer mit rund 773 000 Einwohnern, auf die Dauer von 15 Jahren der Regierungshoheit des Deutschen Reiches entzogen. Dieser Vertrag trat am 10. Januar 1920 in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Verwaltung des Saargebietes einer fünfgliederigen Regierungskommission übertragen, die vom Völkerbund ernannt wurde. Zu gleichem Zeitpunkte erfolgte der Besitzübergang der preußischen und bayerischen Staatsbergwerke an den französischen Staat.

Die Unsicherheit in den damaligen Verhältnissen ließ in den Versicherten und ihren Vertretungen, den Gewerkschaften, die Besorgnis aufkommen, daß das soziale Versicherungsrecht im Saargebiet nicht mehr so gewürdigt werde, wie man das jahrelang allgemein gewohnt, trotzdem im Versailler Vertrag bestimmt war, daß alle Gesetze und Verordnungen, die am 11. November 1918 in Kraft waren, in Geltung bleiben müßten. Diese Besorgnis wurde auch nicht gemindert durch die Bestimmung im Saarstatut, daß die Rechte der Versicherten in keiner Weise angetastet oder geschmälert werden dürfen. Der Grund zu dieser Besorgnis lag zunächst darin, daß die meisten Regierungskommissionsmitglieder aus Staaten kamen, in denen das soziale Versicherungsrecht noch im Anfangsstadium der Entwickelung stand und denen auch das deutsche Sozialversicherungsrecht teilweise völlig fremd war. Dann aber auch fand die Besorgnis Grund in der versicherungstechnischen Hinsicht, daß das verhältnismäßig kleine Saargebiet mit seinen 770 000 Einwohnern auf die Dauer gar nicht in der Lage ist, das Sozialversicherungsrecht in seiner Gestaltung und seinem Aufbau so zu tragen, wie das in einem großen Staate möglich und durchführbar ist.

Diese Besorgnis veranlaßte die Versicherten, schon vor dem Amtsantritt der Regierungskommission diejenigen versicherungsrechtlichen Garantien zu fordern, zu denen sie sich als deutsche Staatsbürger berechtigt glaubten. So haben die christlichen Gewerkschaften in einer ausführlich gehaltenen Denkschrift vom 22. August 1919 in bezug auf das soziale Versicherungsrecht verlangt:

a) Aufrechterhaltung aller Verbindungen mit den Trägern der deutschen Sozialversicherung;
b) Beibehaltung des geltenden Rechtsinstanzenweges und
c) Weiterbelassung aller Verordnungen hinsichtlich der gesamten sozialen Gesetzgebung.

Doch schon bald nach dem Amtsantritt der Regierungskommission traten Bestrebungen in die Erscheinung, die die Versicherten zu der Auffassung brachten, daß man das gesamte soziale Versicherungsrecht von demjenigen des Reiches loslösen will. Zunächst versuchten die in den Vorstand des Saarbrücker Knappschaftsvereins neu eingetretenen französischen Arbeitgeber, das Vertragsverhältnis des Vereins mit dem knappschaftlichen Rückversicherungsverband Charlottenburg zu lösen. Infolge des unbeugsamen Widerstandes der damaligen Arbeitnehmervertreter kam der beantragte Kündigungsbeschluß nicht zustande und wurde die Kündigung durch die neuerrichtete Aufsichtsbehörde, Saar-Oberbergamt, angeordnet. — Auch in der knappschaftlichen Unfallversicherung wurde durch die Generaldirektion der Saargruben die Deutsche Knappschafts-Berufsgenossenschaft nicht mehr als zuständig

anerkannt und ein eigener Unfall-Geschäftsausschuß gebildet, auf dem sich später die Saar-Knappschafts-Berufsgenossenschaft aufbaute. — In kurzer Zeitfolge veranlaßte dann die Regierungskommission durch gesetzgeberische Tätigkeit, daß für das Saargebiet in allen Versicherungszweigen eigene Versicherungsträger gebildet wurden und in der sozialen Rechtsprechung nur saarländische Rechtsinstanzen in Geltung kamen. Diese Loslösungsakte von dem deutschen sozialen Versicherungsrecht fanden ihren Abschluß durch zwei am 18. Mai 1923 veröffentlichte Verordnungen der Regierungskommission betr. Umstellung der saarländischen Geldwährung von Mark in französische Francs und Umstellung der Sozialversicherung in Francs. Diese Verordnungen lösten bei den Sozialversicherten starken Widerspruch aus. Die letztere Verordnung auch deshalb, weil in bezug auf die Sozialversicherungsleistungen bestimmt worden war, daß die Vorkriegsleistungen in Goldmark und -pfennig in Papierfrancs und -centimes umzustellen seien. In Ansehung der damaligen Währungsverhältnisse waren die Rentenleistungen damit auf 25 Prozent der Vorkriegsleistungen herabgesetzt.

Nach der Deflation der deutschen Währung traten die Leistungsunterschiede in den einzelnen Versicherungszweigen zwischen den deutschen und saarländischen Renten zuungunsten der saarländischen Sozialrentner sehr deutlich und scharf in die Erscheinung. Diese bekundeten nun die Rechtsauffassung, daß sie als deutsche Staatsbürger und auf Grund der früher gezahlten Beiträge dieselben Leistungsansprüche zu stellen berechtigt seien wie die im Reiche wohnenden Versicherten. Eine nicht geringe Anzahl Klagen mußten deshalb von den saarländischen Oberversicherungsämtern abgewiesen werden. Die Vertretungen der Versicherten versuchten nun mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, den Gesetzgeber zu veranlassen, die Sozialversicherung des Saargebietes zumindest in ihren Leistungsbestimmungen an diejenige des Deutschen Reiches anzugleichen. Die Bergarbeiterorganisation als Vertretung der knappschaftlich Versicherten verlangen die restlose Uebernahme des Deutschen Reichsknappschaftsgesetzes, wie es am 1. 1. 1924 in Kraft trat. Alle diesbezüglichen Bemühungen und Vorstellungen hatten nicht den erwünschten Erfolg. Die zuständigen Vertreter der Regierungskommission erklärten den Versichertenvertretern gegenüber immer wieder, daß die Wirtschaft des Saargebietes hohe soziale Anspannungen nicht ertragen könne, wodurch die anfangs geschilderte Besorgnis der Versicherten volle Rechtfertigung fand.

Um der Regierungskommission ihre Aufgabe betr. Sozialversicherungsleistungen zu erleichtern, wandten sich die Versichertenvertreter im Sommer 1925 an den französischen Staat als stärksten Arbeitgeber im Saargebiet, an den Völkerbundsrat und an das Internationale Arbeitsamt, und versuchten durch klargehaltene Denkschriften diese Stellen zur Unterstützung an der notwendigen Sozialversicherungsreform zu bewegen. Welch erhebliche Unterschiede in der Rentenleistungsgestaltung des Saargebietes und des Reiches zu verzeichnen waren, ergibt sich aus den in vorgenannter Denkschrift aufgestellten Vergleichen, von denen nur einige hier angeführt sein sollen:

1. Ein Unfallrentner aus dem Jahre 1895, der 100 Prozent erwerbsbeschränkt ist, erhielt bei Annahme eines Jahresarbeitsverdienstes von 1254,— M. im Reiche an Monatsrente	111,50 RM.
Ein Unfallrentner gleicher Art im Saargebiet	25,— „
weniger im Saargebiet:	86,50 RM.
2. Ein Invalidenrentner erhielt nach 30jähriger Beitragszeit im Reiche	30,50 RM.
Ein Invalidenrentner im Saargebiet bei gleicher Voraussetzung	14,— „
weniger im Saargebiet:	16,50 RM.
3. Ein Knappschaftsinvalide erhielt nach 25jähriger Mitgliedszeit im Reiche (Ruhrknappschaft) eine Pension von	74,80 RM.
Ein Knappschaftsinvalide im Saargebiet bei gleicher Voraussetzung	22,75 „
weniger im Saargebiet:	52,05 RM.

Als nun auch die Bemühungen der Versichertenvertreter bei diesen Stellen kein befriedigendes Ergebnis zeitigten, da bemächtigte sich der saarländischen Versicherten eine direkt verzweifelte Stimmung. In vielen Versammlungen der Sozialrentner kam diese Stimmung zum Ausdruck. Immer wieder wurde gesagt, daß man die Behandlung der Rentenleistungsfrage im Saargebiet unverständlich finde und daß das Anspruchsrecht der Sozialrentner im Saargebiet verletzt worden sei. Ohne Ausnahme wurde von allen Sozialrentnern die Auffassung vertreten, daß sie dieselben Rentenleistungen zu beanspruchen hätten wie ihre invaliden Arbeitsbrüder im Reiche.

In dieser Situation wandten sich die Vertreter der saarländischen Versicherten an die Reichsregierung mit dem Ersuchen um Hilfe für die Sozialrentenempfänger des Saargebietes. Diesem Ersuchen wurde stattgegeben und wurden die Gewerkschaftsvertreter zu entsprechenden Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium eingeladen. Diese Verhandlungen fanden unter Leitung des Herrn Ministerialdirektors Dr. Grieser statt, der für die eminente Notlage der saarländischen Sozialrentner ein offenes Ohr und ein warmfühlendes Herz bekundete. Sofort hätte die Reichsregierung mit praktischer Hilfe eingesetzt, wenn dies ohne Zustimmung des französischen Staates und der Saarregierungskommission möglich gewesen wäre. Doch waren diesbezüglich noch einige Schwierigkeiten zu überwinden. Der gute Wille der Reichsregierung überwand die Schwierigkeiten. Zunächst wurde der Reichsknappschaftsverein veranlaßt (dessen Verständnis für die Sache nur anerkannt werden kann), als Rechtsnachfolger des knappschaftlichen Rückversicherungsverbandes Charlottenburg die vor dem Kriege von dem Saarbrücker Knappschaftsverein eingezahlten mathematischen Reserven vorzeitig aufzuwerten und den Aufwertungsbetrag dem Saarknappschaftsverein zwecks besonderer Unterstützung der knappschaftlichen Rentenempfänger zu überweisen. Dadurch war es dem Saarknappschaftsverein möglich, ab 1. August 1926 bis 1. Juli 1927 den Betrag von 2 160 000 RM. als besondere Unterstützung an seine Rentenempfänger zur Auszahlung zu bringen, wodurch sich jede Rente um 33 Prozent erhöhte.

Am 28. Oktober fanden dann auf Anregung der Reichsregierung, vertreten durch Herrn Ministerialdirektor Dr. Grieser, in Würzburg die ersten offiziellen Verhandlungen mit der Saarregierung, vertreten durch Herrn Ministerialdirektor Dr. Thissen, statt, über die Frage, ob eine Leistungsgemeinschaft der Versicherungsträger des Reiches und des Saargebietes in der Sozialversicherung des Saargebietes ermöglicht und durchgeführt werden kann. Diese Verhandlungen, von Herrn Ministerialdirektor Dr. Grieser geleitet, waren vom Geiste gegenseitigen Verstehens getragen und endeten mit der Aufstellung von „Richtlinien". Nachdem diese Richtlinien von den beiderseitigen Regierungen angenommen worden waren, fanden dann im Juli 1927 im Reichsarbeitsministerium die Schlußverhandlungen über den in Würzburg angeregten Gegenstand statt. Diese Verhandlungen führten zu einer Abrede zwischen der Reichsregierung und der Regierungskommission des Saargebietes, die, weil in Heidelberg von den zuständigen Regierungsvertretern schlußgezeichnet, kurz die „Heidelberger Abrede" genannt wird. Durch diese Abrede wurden die Versicherungsträger des Reiches verpflichtet, sich an den Rentenleistungen in der saarländischen Sozialversicherung zu beteiligen, dergestalt, daß entweder ein großer Teil der Rentenleistungen selbst übernommen wird oder bestimmte Zuschüsse zu den bisherigen Leistungen gegeben werden.

Wie bedeutend das Hilfswerk des Reiches ist, erhellt daraus, daß die Invalidenversicherungsträger des Reiches alle vor dem 1. April 1922 erdienten Leistungsansprüche der Versicherten befriedigen. In der Angestelltenversicherung bringt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte alle Leistungen auf, auf die bis zum 1. Juni 1923 seitens der Versicherten die Anwartschaft erworben war. Die Berufsgenossenschaften Deutschlands bringen die Mittel auf für alle aus Betriebsunfällen herrührenden Leistungsverpflichtungen, für die bis 31. Dezember 1921 ein Anspruch geltend gemacht war.

Alle Leistungen der deutschen Versicherungsträger erfolgen nach herrschendem deutschen Recht.

Diese großzügige Unterstützung der Sozialrentner durch Deutschland hatte dann auch noch das Gute, daß die Sozialversicherung des Saargebietes in bezug auf die ihr noch verbliebenen Leistungsverpflichtungen die ziffernmäßigen Leistungen in einer Höhe festsetzen könnte, daß sie heute den analogen Leistungsziffern der Versicherung im Reiche gleichstehen.

Nur eine Versicherung steht heute bezüglich ihrer Leistungsgestaltung noch ziemlich weit hinter derjenigen des Reiches zurück. Das ist die knappschaftliche Versicherung der Saar-Bergarbeiter. Das knappschaftliche Recht ist bekanntlich Sonderrecht der Bergarbeiter. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und freie Bergarbeitergewerkschaft bemühten sich mit allen Kräften, eine Reform des Knappschaftswesens an der Saar zu erreichen in dem Sinne, daß die wesentlichsten Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes auch für das Saargebiet Geltung bekommen sollten. Ein befriedigendes Verständnis für dieses Zielstreben war bei den maßgeblichen Stellen nicht zu erzielen. Die Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung der Saar-Knappschaft bleiben auch heute noch sehr weit hinter denjenigen des Reichsknappschaftsvereins zurück, obwohl der Reichsknappschaftsverein seit 1. Juli 1927 zu jeder Pension monatlich 7 RM. als Sonderleistung beisteuert. Nur ein Vergleich:

Um nicht zu übertreiben, zeige ich den Leistungsunterschied zwischen der Pensionskasse der Aachener Knappschaft und derjenigen der Saar-Knappschaft, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen beiden Gebieten ungefähr als gleich anzusehen sind. Beim Nachweis von 25 Mitgliedsjahren erhält ein Knappschaftsinvalide von der Saar-Knappschaft monatlich rund 43 RM., bei der Aachener Knappschaft jedoch 75,69 RM. Die Pension ist demnach bei der Aachener Knappschaft um rund 73 Prozent höher als bei der Saar-Knappschaft. — Es wird nicht wundern, daß alle aktiven und inaktiven Knappschaftsmitglieder an der Saar ein baldiges Aufgehen der Saar-Knappschaft in den Reichsknappschaftsverein ersehnen.

Auch den lothringischen Sozialrentnern, die im Saargebiete wohnen, hat das Reich Unterstützung angedeihen lassen durch eine besondere Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers vom 12. Juli 1927. Die Leistungen der elsaß-lothringischen Unfall- und Invalidenversicherung sind, relativ an den deutschen Leistungen gemessen, sehr gering. Die Reichsversicherungsträger geben je nach der Art der Rente eine gestaffelte Beihilfe. Gegen diese freundliche Maßnahme des Reiches hatte die Regierungskommission des Saargebietes Beschwerde beim Völkerbund eingelegt. Die Beihilfen konnten trotzdem bisher gezahlt werden, wofür die notleidenden Interessenten Dank wissen.

Die durch Reichsgesetz den deutschen Versicherungsträgern auferlegte Beteiligungsverpflichtung an dem Leistungsaufbringen der saarländischen Sozialversicherung endet spätestens im Jahre 1935, also dem Jahre, in dem nach dem Versailler Vertrag im Saargebiet die Volksabstimmung darüber stattfinden soll, unter welche Staatshoheit das Saargebiet gelangen soll. — Ich darf wohl sagen, daß über die letzte Frage bei allen Kennern der Verhältnisse keine Meinungsverschiedenheit mehr herrscht. Alle angestammten Saargebietsbewohner beherrscht politisch nur der eine Wunsch: Möglichst schnell zurück zum Vaterland, zum Deutschen Reich. Je eher, je lieber. Mögen die jetzt betriebenen Saarverhandlungen in Paris den Ausklang haben, den die Bevölkerung des Saargebiets einmütig wünscht. Die Sozialversicherten im Saargebiet müssen erst recht wissen, was sie an ihrem deutschen Vaterlande haben. Sie wissen besonders, daß ihr erworbenes Versicherungsrecht in der großen deutschen Volksgemeinschaft am besten geschützt ist. —

Ich schließe mit dem Wunsche, daß am Jahresende die Wiedervereinigung des Saargebietes mit seinem Mutterlande als eine vollzogene Tatsache gebucht werden kann.

Das „Journal des Français de la Sarre"

Imperialistische Wölfe im Schafspelz der Versöhnung

Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin.

Seit einem Jahre erscheint in Nancy ein Blatt, das sich großspurig „Journal des Français de la Sarre" nennt, und das seine Daseinsberechtigung bis jetzt noch nicht zu erweisen vermocht hat, denn die „Saarfranzosen", auf die der Name des Blattes abzielt, sind nicht etwa die in Lothringen an der Saar wohnenden Bürger Frankreichs, sondern die angeblich in großer Zahl vorhandenen Franzosen in unserm deutschen Saargebiet. Man sieht also, schon der Titel der Zeitschrift ist eine Tartarinade; weiß doch jedermann, daß es „an der Saar" (lies „im Saargebiet") überhaupt keine Franzosen gibt. Um nicht mißverstanden zu werden: es leben natürlich im Saargebiete Franzosen, wie etwa Amerikaner in Paris, Engländer in Rom, Deutsche in Barcelona leben. Nach allgemeinem Sprachgebrauch ist das eine „Kolonie"; Leute, die Beruf und Dienst, Handel und Interesse in ein fremdes Land führen, und die in den meisten Fällen wieder in ihre Heimat zurückkehren, sobald ihre Obliegenheiten, ihre Geschäfte, ihre dienstlichen Verpflichtungen, erledigt und beendet sind.

In diesem Sinne ist auch gegen die Franzosen im Saargebiet nichts einzuwenden: Landesfremde, die man mit der gebührenden Gastfreundschaft aufzunehmen hat, schon weil wir wissen, wieviele von unseren deutschen Landsleuten das gleiche Gastrecht in Frankreich beanspruchen. Bien entendu, Messieurs: Gastfreundschaft auf Zeit- mehr aber nicht!

Was aber lesen wir im „Journal des Français de la Sarre"? — „Unser Blatt wendet sich nur an die Franzosen Frankreichs und an der Saar, und wir werden den Nachweis erbringen, daß es im Saargebiet eine bedeutende französische Kolonie gibt." („J. d. F. d. l. S." Nr. 2, Seite 1.) Dieser Satz mutet recht merkwürdig an, wenn man auf der gleichen Seite in Fettdruck liest: „Unser Blatt ist keineswegs ein Propagandaorgan im Saargebiet". Was bedeutet dann aber der folgende Satz: „Wenn es im übrigen an der Saar tatsächlich keine Leute mehr geben sollte, die sich ihrer französischen Voreltern erinnern, so bleibt uns die Empörung einer gewissen Presse gegen uns unverständlich."

Also die Herrschaften aus Nancy haben die Stirn zu behaupten, nichts läge ihnen ferner, als französische Propaganda im Saargebiete zu machen. (a. a. O. „Note de la Rédaction", Zeile 10.) — Wie verträgt sich das nun mit der programmatischen Behauptung der gleichen Schriftleitung in Nr. 3 des Blattes vom Juli 1929, wo wörtlich zu lesen steht: „Wir erwarten von unseren Freunden, daß sie uns helfen werden, ein Blatt zu verbreiten, welches mit Energie die Interessen verteidigt, die man in Frankreich noch immer nicht genügend würdigt, die der Franzosen an der Saar"? Die „Intérêts des Français de la Sarre", von denen hier im Urtext die Rede ist, können ebenso gut ganz harmlos die „Interessen der im Saargebiet lebenden Franzosen" bedeuten, wie die „Interessen, die die Franzosen (das heißt „Frankreich") am Saargebiet" haben.

Wenn man das ganze Blatt ansieht, so wird man schnell merken, daß der Schutz der „saarländischen Franzosen" („Colonie") den Schriftleitern und ihren Hintermännern ganz gleichgültig ist, und daß das Blatt in Wirklichkeit tatsächlich ein starkes Mittel politischer Propaganda darstellt. Hierfür als Beweis nur der eine Satz aus Nr. 2, Seite 1: „Besser daran als die Bewohner von Saarlouis im Jahre 1815, soweit sie ein gutes, französisch fühlendes Herz hatten, sind die Saarlouiser von heute, da sie im Jahre 1935 das Recht haben werden, zu sagen, was sie werden wollen!" Wir können uns nicht denken, daß die Artikelschreiber aus der „Stadt mit den goldenen Gittern" die saarländische Bevölkerung für so naiv halten, den eben zitierten Satz als „nicht propagandistisch" hinzunehmen. Oder will man uns vielleicht etwa auch weismachen, auch die folgende, mit fetten Riesenlettern auf der allerersten Seite des Blattes in auffälligster Form, gewissermaßen als Gesamtgeleitwort verkündete Aufforderung sei völlig „unpropagandistisch und politisch harmlos": „Franzose, lies und denke über die Bestimmungen des Versailler Vertrages nach, die das Saargebiet betreffen.

Dann wirst du begreifen lernen, welche Vorteile uns jener Vertrag in diesem Lande in die Hände gibt. Und du wirst uns helfen, diese Rechte mitzuverteidigen!" — Das also wagen die Männer von Nancy „keine Saarpropaganda im französischen Sinne" zu nennen! In der alten Hauptstadt Kaiser Lothars scheint man die Urteilskraft der übrigen Welt nicht gerade übermäßig hoch einzuschätzen, und es ist verständlich, daß sich selbst in Frankreich Stimmen erhoben haben, die es an Kritik nicht fehlen ließen. Das geht aus folgender, gleichfalls von der Schriftleitung abgegebener Erklärung hervor, die auf Seite 1 der zweiten Nummer unter dem Titel „Eine Antwort" erschien: „Unsere Gegner" (diese sind, wie aus dem Zusammenhang klar hervorgeht, nicht Deutsche, sondern Franzosen!) „geben sich Mühe, uns in Gegensatz zu der von unserem Außenministerium verfolgten Politik zu bringen. Wir erklären rundheraus, daß wir diese Politik billigen und Gegner aller Annexionen gegen den Willen der Bevölkerung sind." Und weiter unten: „Wir nehmen das Recht für uns in Anspruch, die vergangenen Epochen zu studieren, in denen Deutschland und Frankreich ihre Kräfte zum Wohl der Saarbevölkerung vereinigt haben. Wir verlangen das als unser Recht, ohne daß man uns deshalb des Imperialismus zeihen darf".

Sind sich die Herrschaften wirklich nicht klar darüber, daß man ihnen ohne Schwierigkeit hinter den Vorhang ihrer hier nur allzu schlecht verhüllten „Comédie française" schaut?

In Wirklichkeit war es doch so — und das oben zitierte Zetergeschrei nach den Versailler Saarbestimmungen in Nr. 1 des „Journal des Français de la Sarre" ist dafür ein einwandfreies Beweisdokument — man fühlte, wie schlecht es um die französische Sache an der Saar stand, man weiß, daß die „moralischen Eroberungen", die man von Paris aus direkt (oder mit dem Umwege über den Völkerbund!) zu unternehmen versucht hat, an dem gesunden, unbeirrbaren deutschen Sinn der Saarbevölkerung wirkungslos abgeprallt sind, daß Frankreich von der Saarabstimmung im Jahre 1935 nichts mehr zu hoffen hat. Dabei hat man das französische Volk bis vor etwa einem Jahre offiziell in dem Glauben gewiegt, man könne aus dem Saargebiet ein zweites Oberschlesien machen. Nun fürchtet man sich und sucht zu retten, was zu retten ist. Da sollte das Blättchen aus Nancy in die Bresche springen. So warf man zuerst Herrn Briand nach Möglichkeit Knüppel zwischen die Beine, um dann geschickt Entsetzen zu heucheln, daß die locarnofreundliche Presse Frankreichs das Blatt entweder scharf angriff oder über seine Existenz zur Tagesordnung übergina.

Aber man mußte nicht Franzose, nicht Journalist oder beides zugleich sein, um nicht sofort zu wissen, was man zu tun hatte: Man stellte sich einfach dumm, erwähnte die hysterischen Angstschreie aus Nr. 1 gar nicht mehr und schlüpfte glatt in ein ganz anderes Gewand. Nun glaubte man, würden die Schreier an der Seine und in Deutschland (einschließlich Saargebiet) verstummen: man mimte „Verständigungspolitik", „Vereinigte Staaten von Europa", „Deutsch-französische Zusammenarbeit im Saargebiet" und schimpfte nicht schlecht auf eine „gewisse deutsche Presse, die sich zwar völlig pazifistisch und als Bewunderin Briands gebärde, aber die Rufe nach Eintracht und loyaler Zusammenarbeit beider Länder im Saargebiet beharrlich mit Stillschweigen übergehe" (a. a. O. Seite 8, Zeile 5 und ff.). „Nachtigall ick hör dir laufen", würde Onkel Brüsig sagen; also so naiv weiß man sich in Nancy zu geben, daß man von irgendeinem Teil des deutschen Volkes, von irgendeiner Gruppe der deutschen Presse — mag sie sich auch noch so versöhnungsbereit gezeigt haben — verlangt, eine Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands im Saargebiet mit propagieren zu helfen!

Das ist immerhin allerhand! Muß man es jenen Herrschaften, die solche Zumutungen an Deutsche stellen, denn immer wieder sagen, daß es in Deutschland — von einigen halbirren Schwachköpfen vielleicht abgesehen — überhaupt keinen Menschen gibt, der irgendwelche anderen Rechte Frankreichs als solche, wie sie in Versailles erpreßt wurden, anerkennt? — Wir verzichten auf jede deutsch-französische Zusammenarbeit an der Saar, die in Wahrheit nichts anderes wäre als ein Verkauf deutschen Gebietes, deutscher Volksgenossen, deutscher Wirtschaftsgüter! Wir brauchen solche Zusammenarbeit nicht, wir vermögen weder ihre Existenzberechtigung noch gar ihre Notwendigkeit einzusehen; wir lehnen sie daher radikal ab, wir verzichten dankend und mit Vergnügen!

Wir sind gewiß ganz friedfertig und denken gar nicht daran, uns von nationalen Schreihälsen vom Schlage des Herrn François Coty in irgendein klirrendes Abenteuer hineinreißen zu lassen. Aber gerade deshalb lachen wir über die Plumpheit jenes „biederen" Angebots einer deutsch-französischen Zusammenarbeit in einem Lande, das deutsch war, deutsch ist und deutsch bleiben wird!

Daß die versöhnungsbereite deutsche Linkspresse jenen Rattenfängertönen aus Nancy, zum größten Aerger der Redaktion des „Journal des Français de la Sarre", widerstanden hat, macht ihr nur alle Ehre. Man kann nämlich sehr wohl eine Politik der Versöhnung betreiben und doch dabei den Blick für seines Vaterlandes heiligste Rechte nicht verlieren! Der allzu früh von uns gegangene deutsche Staatsmann, der in Locarno seinen Namen neben den des Herrn Briand setzte, hat das zur Genüge bewiesen.

Die Plumpheit, mit der das französische Saarblatt den Vorschlag macht, in Saarlouis eine deutsch-französische Gemeinschaftsuniversität nach dem Muster von Freiburg in der Schweiz zu begründen, muß allen Deutschen ein Beweis dafür sein, das wir mit dieser Sorte französischer „Versöhnungspolitiker" ebenso wenig zu tun haben dürfen wie etwa mit Herrn Jean Revire und Genossen.

Eine deutsch-französische Gemeinschaftsuniversität auf deutschem Boden im deutschen Saargebiet! Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen!"

Wir erlauben uns die ergebene Rückfrage, wenn es schon im Interesse der Völkerverständigung eine deutsch-französische Gemeinschaftsuniversität geben soll, warum dann nicht auf ehemals deutschem, jetzt französischem Boden? Etwa an der Ill, wo die deutsche Universität noch zu Goethes Zeiten bestand? (Vgl. hierzu: Richard M. Meyer, Professor an der Universität Berlin, der in seinem 1895 erschienenen Werke „Goethe" auf Seite 43 sagt: „Straßburg war trotz französischer Herrschaft damals (2. April 1770) eine kerndeutsche Universität, was es erst nach Napoleons Umgestaltung des gesamten Unterrichts zu sein aufhörte.")

Nein, verehrte Freunde Europas aus Nancy, die ihr in euerem Blättchen nicht aufhört, die deutsch-französische Gemeinschaftsarbeit an der Saar als die beste Garantie für den Frieden Europas zu preisen, wir würden euere hingestreckte biedere Rechte gern ergreifen; wir glauben aber, daß Saarlouis, wie das gesamte Saargebiet, rein deutsch ist und bleiben wird, und können uns in unserer augenblicklichen Lage den Luxus einer Gemeinschaftsuniversität gerade dort nicht erlauben.

Wir hassen die Phrase und sind durch beinahe 15 Jahre unsäglichen Leids und unsäglicher Leiden ein stilles Volk geworden; eines aber wissen wir noch, daß es nämlich heißt, wach sein und sich nichts nehmen lassen, wo es nicht nötig ist! Wir arbeiten und zahlen, wir streben und zahlen, wir leiden Not, wir vegetieren meist nur noch und zahlen dennoch, zahlen und zahlen! Aber deshalb soll sich dennoch niemand einbilden, wir ließen uns durch „Versöhnungsuniversitäten" auf deutschem Boden dumm machen!

Diese deutsch-französische Hochschule auf dem kerndeutschen Boden des Saargebietes, die könnte euch so passen, das glauben wir. — Wir danken dem „Journal des Français de la Sarre" für seine Großmut und seine Freundschaft, halten uns aber lieber an unseren Treuschwur:

Deutsch die Saar immerdar!

Das Defizit der Saargruben

Von Berghauptmann i. R. W. Cleff, Berlin-Lichterfelde.

Die Verhandlungen über die Regelung der Saarfrage in Paris sind wegen des Weihnachtsfestes unterbrochen worden. Da aber über das Ergebnis der Verhandlungen bisher nichts verlautet, muß angenommen werden, daß ein gemeinsamer Boden für die Regelung noch nicht gefunden werden konnte. Nun veröffentlicht das „Journal Officiel" vom 24. Dezember 1929 die Bilanzen der französischen Saargrubenverwaltung für 1927 und 1928, nach welchen das Geschäftsjahr 1928 ohne Gewinn abgeschlossen hat. Gleichzeitig bringen deutsche Zeitungen Auszüge aus dem Ergänzungsbericht des Präsidenten der französischen Saarkommission, Charlot, zum Gesetzentwurf über die Schaffung eines französischen Bergamtes für die Saargruben. In diesem Bericht behauptet Herr Charlot, daß Frankreich zur Ausgleichung seines Kohlendefizits unbedingt 6 Millionen Tonnen Saarkohle gebrauche, daß nach Preisgabe der Saarkohlengruben eine Kohlenhausse in Ostfrankreich um 10 bis 15 Prozent unver-

meldlich sei. Das Saargebiet selbst nähme auch bei einer etwaigen Rückkehr zu Deutschland Schaden, weil die erhöhte Produktion in Fortfall komme. Die Zahl der Arbeiter sei von 62 000 auf 74 000 gestiegen.

Zur Richtigstellung der von Herrn Charlot angegebenen Zahlen sei bemerkt, daß die staatlichen Gruben 1913 mit 56 000 Mann 12,9 Millionen Tonnen und die gleichen Gruben unter französischer Verwaltung 1928 mit rund 60 000 Mann 12,7 Millionen Tonnen förderten. Von einer Erhöhung der Produktion kann also nicht die Rede sein, allerdings ist die Belegschaftsziffer gestiegen, auch konnte die Förderung von 1913 von der preußischen Bergverwaltung mit 1400 Ingenieuren und Angestellten erzielt werden, während die französische Bergverwaltung für diesen Zweck rund 3400 Ingenieure und Angestellte benötigte.

Die Verhältnisse auf den Saargruben haben sich also so gestaltet, daß trotz der Unterlassung der Aus- und Vorrichtungsarbeiten und trotz des rücksichtslosen Abbaues nur bester Flöze ein Gewinn aus den Betrieben diesmal nicht mehr erzielt werden konnte.

Im Jahre 1927 förderte Frankreich ohne die Saargruben 52 Millionen Tonnen, während der Kohlenverbrauch Frankreichs 73,3 Millionen Tonnen betrug, so daß sich das Kohlendefizit auf 21,3 Millionen Tonnen stellte. Die 6 Millionen Tonnen Saarkohlen sind demgegenüber wenig bedeutend. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die internationale Kohlenförderung zurzeit den Kohlenverbrauch übersteigt, daß z. B. England nicht weiß, wie es seine Kohle unterbringen soll. Die Befürchtung einer Kohlenhausse oder die Befürchtung des Steigens der Kohlenpreise entbehrt bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage also jeder tatsächlichen Unterlage. Bei der Konkurrenz der Lothringer Gruben würden auch die Saargruben bei ihrer Uebereignung an Deutschland nicht preissteigernd wirken können.

In der Tat *braucht* Frankreich allerdings die Belieferung mit Saarkohle. Und niemand beabsichtigt, ihm diesen Bezug zu erschweren. Aber dazu bedarf Frankreich keineswegs eines Besitzanteils an den Saargruben. Die allen Teilen gerecht werdende Lösung besteht ganz einfach in umfangreichen langfristigen Lieferverträgen, die auch für die Franzosen durchaus günstig gestaltet werden können; genau wie das auch schon vor dem Kriege in großem Stile und zur beiderseitigen Zufriedenheit der Fall war.

Auf keinen Fall darf Deutschland in der Frage der Saargruben irgendwelche Zugeständnisse machen, die über die Bestimmungen des Versailler Vertrages, d. h. über die Zahlung einer angemessenen Entschädigung für die Rückgabe der Saargruben hinausgehen. Die französische Saarbergverwaltung hat in ihrer Bilanz den Wert der Saargruben auf 300 Millionen RM. festgelegt. Wie der Sachverständigenbericht der französischen Liga für Menschenrechte besagt, hat sich das in den Saargruben investierte Kapital nur mit 1½ Prozent verzinst. *Zurzeit sind die Saargruben ausgeschöpft*, und es bedürfte schätzungsweise *eines Aufwandes von etwa 50 bis 60 Mill. RM.*, um die vernachlässigten Aus- und Vorrichtungsarbeiten und die unterlassene Rationalisierung der Grubenbetriebe nachzuholen. Frankreich hat unerhörterweise deutsches Bergwerkseigentum, über das es nur bis 1935 verfügen durfte, *auf 99 Jahre verpachtet*, und zwar an solchen Stellen, die zur Weiterentwicklung der Saargruben unentbehrlich sind. Da der französischen Bergverwaltung nur bis 1935 das Verfügungsrecht über die Gruben zusteht, müssen *die Pachtverträge* spätestens von diesem Zeitpunkt ab für ungültig erklärt werden.

Wenn unter diesen Verhältnissen der französischen Regierung in bezug auf das Bergwerkseigentum Zugeständnisse gemacht würden, so würde das für die *Saarbevölkerung*, für welche die Gruben die Quelle des gesamten Wirtschaftslebens sind, vollständig unverständlich sein. Der Kampf der Saarbevölkerung um die Erhaltung ihres Deutschtums ist ungeheuer schwer gewesen. Trotzdem ist von der saarländischen Bevölkerung immer wieder feierlich erklärt worden, daß sie keine Abkürzung des bestehenden Zustandes auf Kosten der Würde und des Ansehens Deutschlands wünsche.

Es ist gut, wenn wir uns darüber klar werden, daß bei dieser vaterländischen Gesinnung der Saarbevölkerung und dem ausgesprochen schlechten Geschäftsgang der Saargruben unter französischer Verwaltung *für uns keinerlei zwingende Veranlassung vorliegt, die Saarfrage schon jetzt zu lösen*, sofern diese nur unter Gewährung unberechtigter Zugeständnisse möglich wäre. Die augenblickliche Lage ist so, daß *Frankreich das größte Interesse an einer baldigen Lösung der Saarfrage* hat, da sich die jetzt erträgliche Wirtschaftslage der Saargruben binnen kurzem in eine Defizitwirtschaft verwandeln wird. Wir hingegen laufen kein Risiko, da bei dieser Sachlage die Zeit für uns arbeitet. Wir brauchen auch keine Abstimmung zu befürchten, wenn eine solche von Frankreich gefordert würde. Die französische Mißwirtschaft im Saargebiet tritt dann nur immer deutlicher vor aller Welt zutage, und die Saarbevölkerung wird sich immer fester zusammenschließen in der Sehnsucht nach der Wiedervereinigung mit Deutschland.

Wir können deshalb ruhig der Lösung der schwebenden Frage entgegensehen, wenn wir auch unseren deutschen Brüdern an der Saar einen baldigen, günstigen Abschluß der Verhandlungen wünschen möchten.

---

* Aus Nr. 31 des Handelsblatts der „*Deutschen Allgemeinen Zeitung*“ vom 19. Januar d. J.

Zehn Jahre Saarbergbau unter französischer Verwaltung

Das zehnte Jahr hat sich soeben vollendet, seitdem die Trikolore von dem Gebäude der ehemals Kgl. Preußischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken weht. *Am 18. Januar* 1920, acht Tage nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags, hielt die „Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre“ ihren Einzug in Saarbrücken. **Ein Kohlenrevier mit einem Vorrat von 13 Milliarden Tonnen, einer Jahresförderung von 14 Millionen Tonnen und einer Belegschaft von 60 000 Mann, mit 166 Schächten, 24 Kohlenwäschen, einer Koterei, drei elektrischen Zentralen, zwei Kohlenverschiffungshäfen und zahlreichen Nebenanlagen ging schulden- und lastenfrei in den Besitz des französischen Staates über,** „als Ersatz für die Zerstörung der nordfranzösischen Kohlengruben“, wie Art. 45 des Versailler Diktats bestimmte.

Siegesgeschwellt und voll weitschweifender Pläne kam Frankreich ins Saargebiet. Politisch schien ihm die fünfzehnjährige Uebergangszeit nur die Vorbereitung zur endgültigen Annektion. Wirtschaftlich glaubte es den Fehlbetrag seiner Kohlenwirtschaft aus den Saargruben decken zu können, deren Förderung zu diesem Zwecke verdoppelt werden sollte. *Beide Rechnungen waren falsch*. In beiden Fällen erwiesen sich die natürlichen Verhältnisse stärker als imperialistischer Machtwille. Weder die Bevölkerung des Saargebietes noch seine Wirtschaft konnte von Ost nach West umgestellt werden.

Betrachtet man das Ergebnis der zehnjährigen Ausbeute der Saargruben zunächst nach der Seite der *Förderung* hin, so ist kein Fortschritt gegenüber dem Friedensstand festzustellen. Von Januar 1920 bis Dezember 1929 hat Frankreich 120 *Millionen Tonnen* aus den Saargruben herausgeholt, mithin im Jahresdurchschnitt 12 Millionen Tonnen gegenüber 13,2 Millionen Tonnen 1913 (alles in netto). *Statt einer Verdoppelung der Förderung ist ein Zurückbleiben unter Vorkriegsstand um 1,2 Millionen Tonnen jährlich festzustellen.* Und dieses Ergebnis ist erreicht mit einer gegenüber früher stark erhöhten *Belegschaft*, die zeitweise bis auf 74 000 Arbeiter angewachsen war. Nur in vier Nachkriegsjahren konnte die Friedensförderung erreicht bzw. unerheblich überschritten werden. Die *Leistung* im Saarbergbau hat erst im Jahre 1928 die Höhe des Vorkriegsstandes (803 Kilogramm je Schicht und Kopf des Arbeiters) erreicht und seitdem leicht überschritten (839 Kilogramm), während im Ruhrgebiet z. B. eine Leistungssteigerung von 943 Kilogramm 1913 auf 1191 Kilogramm 1928, d. h. um 26 Prozent, zu verzeichnen ist. Auf dem Kontinent ist das Saargebiet das einzige Kohlenrevier von Bedeutung neben Polen, das *in seiner Förderentwicklung stehengeblieben ist*. In Altfrankreich dagegen hat der Steinkohlenbergbau seine Förderung von 40 Millionen Tonnen 1913 auf 50 Millionen Tonnen 1929 gesteigert und in Elsaß-

Lothringen sogar von 3,8 auf 6 Millionen Tonnen. An dieser Entwicklung hat der Saarbergbau unter französischer Verwaltung keinen Anteil genommen. In einem Punkte müßte freilich dieses Bild korrigiert werden. Der Aufschwung des lothringischen Kohlenbergbaues ist großenteils auf Kosten des Saargebietes, nämlich des Warndt, erfolgt. Würde man die aus dem Warndt unter der Landesgrenze hinweg geförderte Kohle der Saarförderung hinzuzählen, so würde sich das Kräfteverhältnis zwischen Lothringen und der Saar immerhin verschieben.

Die einschneidendste Veränderung, die die Saargruben durch den Besitzwechsel erlitten haben, liegt in der Verschiebung der Absatzmärkte. Von den 12,7 Millionen Tonnen Gesamtabsatz sämtlicher Saargruben im Jahre 1913 verblieben 10,6 Millionen Tonnen im deutschen Inland. Demgegenüber hat sich in der Nachkriegszeit nur der Absatz innerhalb des Saargebietes einigermaßen konstant gehalten, während der Absatz nach dem übrigen Deutschland eingeschränkt und der nach Frankreich forziert worden ist. Dazu kommt der Uebergang des elsaß-lothringischen Absatzmarktes an Frankreich. Eine kurze Gegenüberstellung möge das Gesagte ziffernmäßig illustrieren:

Gesamtabsatz der Saargruben (in Millionen Tonnen).

	1913	1928
Saargebiet	4,2	4,6
Uebriges Deutschland . . .	4,7	1,3
Elsaß-Lothringen	1,6	1,2
Frankreich	1,0	3,3
Uebriges Ausland	1,2	1,4
Zusammen	12,7	11,8

Aber auch die Umstellung der Absatzmärkte der Saarkohle ist Frankreich nur teilweise gelungen. Wohl verbraucht es in seinen alten Grenzen statt 1,0 Millionen Tonnen 1913 heute 3,3 Millionen Tonnen, mithin 2,3 Millionen Tonnen mehr. Aber in Elsaß-Lothringen ist der Saarabsatz von 1,6 auf 1,2 Millionen Tonnen rückläufig, so daß sich die Zunahme des Saarkohlenabsatzes nach Frankreich in heutigem Umfange auf 1,9 Millionen Tonnen beschränkt. Demgegenüber ist im Reich, d. h. auf den süddeutschen Absatzmärkten, ein Rückgang des Saarkohlenabsatzes von 4,7 Millionen Tonnen 1913 auf 1,3 Millionen Tonnen 1928 eingetreten. Dem Verlust im Osten von 3,4 Millionen Tonnen steht also ein Gewinn im Westen von nur 1,9 Millionen Tonnen gegenüber. Da das Saargebiet selbst 0,4 Millionen Tonnen mehr verbraucht als früher und die Auslandsmärkte weitere 0,4 Millionen Tonnen zusätzlich aufnehmen, verbleibt noch immer ein nicht unterzubringender Rest von 0,9 Millionen Tonnen. In Praxis hat sich das so ausgewirkt, daß die französische Grubenverwaltung zunächst Haldenbestände bis zu 600 000 Tonnen angehäuft hat, bis sie sich entschließen mußte, die Förderung entsprechend zu drosseln.

An der Deckung des Defizits der französischen Kohlenwirtschaft sind die Saargruben also in nur verhältnismäßig geringem Maße beteiligt, die ihnen 1920 zugedachte Rolle haben sie in keiner Weise zu erfüllen vermocht. Insbesondere wird die englische Kohle, die dank der billigen Wasserfracht die Küstengegenden beherrscht, niemals mit Saarkohle zu verdrängen sein. Aus allen Punkten, wo die Saarkohle während des englischen Bergarbeiterstreikes vorübergehend eingedrungen war, ist sie wieder herausgeworfen. Dann hat aber auch die obengeschilderte Entwicklung der französischen Kohlenzechen selbst dazu beigetragen, die Saarkohle mehr und mehr entbehrlich zu machen. Ihre gegenwärtige Stellung beruht zum Teil auf den Vergünstigungen, die der französische Staat als Besitzer der Gruben ihr einzuräumen in der Lage ist, zum Teil auf ihren besonderen Eigenschaften als Fettkohle. Das vom Versailler Vertrag angeführte Argument aber, daß Frankreich die Saargruben als Ersatz für den Kohlenausfall in Nordfrankreich haben müsse, ist längst hinfällig geworden. Die kriegszerstörten Gruben im Nordbezirk und Pas-de-Calais haben bereits seit dem Jahre 1925 ihre Vorkriegsförderung wieder erreicht und seitdem erheblich überschritten. Ihr Gesamt-Förderausfall, auf der Grundlage von 1913 berechnet, beziffert sich für die sechs Jahre von 1919 bis 1925 auf insgesamt 68,6 Millionen Tonnen. Dieser Verlust war bereits bis Ende 1925 von den Saargruben bis auf zwei Millionen Tonnen wettgemacht. Bis Ende 1929 hat das Saargebiet weitere 42 Millionen Tonnen geliefert, die keinen Ersatz mehr für einen Verlust, sondern eine ungerechtfertigte Bereicherung Frankreichs darstellen.

Die finanziellen Ergebnisse der Saargruben unter französischer Verwaltung zeigen ein von der jeweiligen Konjunktur sehr stark beeinflußtes Bild, der jährliche Gesamtüberschuß (d. h. ausgeschütteter Reingewinn zuzüglich Reservestellung) schwankt zwischen 21 Millionen Frs. (1927) und 152 Millionen Frs. (1926). Das Jahr 1928 hat, wie die kürzlich veröffentlichten Bilanzen der Saargruben ausweisen, erstmalig mit einem Verlust abgeschlossen. Ein Reingewinn konnte nicht mehr erzielt werden und die Reserven weisen eine Verringerung um 13 Millionen Frs. auf. Insgesamt hat Frankreich in den neun Jahren von Anfang 1920 bis Ende 1928 einen Gesamtüberschuß von rund 626 Millionen Frs. erzielt. Davon ist jedoch nur die Hälfte als Reingewinn in den Bilanzen ausgewiesen, während die andere Hälfte in den Reserven steckt. Zu dem jeweiligen Jahresdurchschnittskurs umgerechnet, ergibt sich in einem Jahresdurchschnitt von 16 Millionen Gmk., auf ein Kapital von rund 300 Millionen Gmk.

Zehn Jahre des Saarregimes sind herum und in Paris haben die Verhandlungen über die Liquidierung des Saarstatuts begonnen. Unter den zu lösenden Problemen steht die Saargrubenfrage an erster Stelle. Noch bereitet Frankreich der Rückgabe der Gruben ernste Schwierigkeiten und sucht ihre Aufteilung an „internationale" Privatgesellschaften zu propagieren. Diese Lösung widerspricht ebensosehr dem Versailler Vertrag, der Deutschland das Rückkaufsrecht einräumt, wie dem Willen der Bevölkerung, die die Gruben in preußischen und bayerischen Staatsbesitz zurückgeführt wissen will. Daß der Betrieb der Gruben, privatwirtschaftlich gesehen, nicht rentabel ist, wenn bei einem Verkauf an Private sich ein Zinsendienst von 2 Gm. je Tonne absatzfähiger Kohle ergibt, hat erst kürzlich Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" ausgeführt. Die Reorganisation der Saargruben kann nur der Staat leisten. Das Interesse Frankreichs und insbesondere der ostfranzösischen Eisenhütten und Kokereien am Saarkohlenbezug läßt sich im Austausch gegen Minettelieferungen sicherstellen.

Kundgebungen für die Rückgliederung im Saargebiet

Noch immer erheben sich im Saargebiet Stimmen für die Rückgliederung zum Reiche, die die voraufgegangenen unter Mißachtung der von dem Präsidenten Wilson dagegen geäußerten Abneigung in der Forderung einer restlosen Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande ergänzen. Die Saarbevölkerung ist eben der Fremdherrschaft herzlich satt, die es in den nunmehr zehn Jahren gewaltsamer Lostrennung nicht vermocht hat, sich irgendwelches Vertrauen, um die Wohlfahrt des Landes besorgt zu sein, zu erwerben. Der Versuch, durch ein fünfgliedriges Konsortium irgendwelcher staatlichen Herkunft einem sich seiner völkischen Zugehörigkeit bewußten Volksteil auch nur einigermaßen zufriedenstellend vorzustehen, hat durch das Experiment an der Saar kläglich Schiffbruch erlitten. Der Völkerbund selbst sollte deshalb froh sein, wenn seine exterritoriale Verwaltungskunst im Saargebiet ein Kapitel wäre, das durch seinen Abschluß der Vergangenheit angehörte. „Einmal und nicht wieder" wird er wohl sagen, wenn er zu einer ehrlichen Erkenntnis schon reif ist.

Für die Geschichte des Saargebietes aber werden diese Kundgebungen in der bedeutungsvollen Zeit der Verhandlungen über die Zukunft des Saargebiets die Rolle wichtiger Dokumente spielen, und, sollten die Verhandlungen durch übermäßige Forderungen Frankreichs zum Scheitern gebracht werden, den Beweis dafür liefern, daß 12 Jahre nach dem Abschluß des Krieges noch der Grundsatz des Völkerbundes von der Selbstbestimmung der Völker von französischen Diplomaten vor aller Welt mißachtet werden konnte, in dem man aus egoistischen Gründen wirtschaftlicher Bereicherung über die so ernst und dringlich erhobene Stimme der Saarbevölkerung einfach zur Tagesordnung überging.

Um ein geschlossenes Bild der Kundgebungen für die Rückgliederung im Saargebiet selbst zu geben, tragen wir noch nach, daß auch die Freie Bauernschaft des Saargebietes in folgender Entschließung die Rückkehr zum Reiche forderte:

„Die heutige stark besuchte Landesversammlung der Freien Bauernschaft in Saarbrücken verlangt, mit der übrigen

Bevölkerung an der Saar vollends einig gehend, die baldige Liquidation der Saarfrage, und zwar sowohl die bedingungslose Rückgabe der Landschaft wie auch des Bergbaues an das Reich bzw. seine Länder. Die Bauernschaft hat bisher mit der übrigen Bevölkerung gemeinsam gelitten und wird auch in Zukunft alle Beschwernisse mit ihr teilen. Sie erwartet aber von der Reichsregierung, daß der Landwirtschaft nicht größere Opfer auferlegt werden, als der übrigen Bevölkerung."

Aber auch in den angrenzenden Gebieten drängt die wirtschaftliche Verbundenheit mit der Saar zu einer Stellungnahme im gleichen Sinne. So hat der Kreistag Saarburg die folgende von der Zentrumsfraktion eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen:

„Anläßlich der Pariser Verhandlungen über die Rückkehr des Saargebietes zum deutschen Vaterland und die vorzeitige Räumung der dritten Besetzungszone hat der Kreistag des Kreises Saarburg die Befürchtung, daß die Vereinbarungen mit Frankreich auf zollpolitischem Gebiet zum Schaden der Landwirtschaft und des Winzerstandes des Kreises getroffen werden. Der Kreistag bittet die deutschen Mitglieder der Verhandlungskommission, besonders Herrn Regierungspräsident Dr. Saassen, sich warm der notleidenden Grenzkreise anzunehmen und die so lang ersehnte Freiheit von der Besetzung und Rückkehr des Saargebietes unter keinen Umständen mit weiterem Elend der Grenzbevölkerung zu erkaufen und besonders keine Bindung und Verpflichtungen zollpolitischer Art über 1935 hinaus einzugehen; auch wünscht er die Heranziehung wirklich über die Landwirtschaft der Grenzbezirke kundiger Sachverständiger zu den Verhandlungen.

Auf einer Revier-Konferenz des christlichen Metallarbeiter-Verbandes für das Saargebiet beschäftigte sich der Revierleiter Otto Pick mit der Frage der Rückgliederung und führte darüber u. a. aus: Zu wünschen sei eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich auf dem Boden voller Gleichberechtigung. Erste Voraussetzung sei die restlose Beseitigung jedes offenen und versteckten politischen Einflusses Frankreichs im Saargebiet. Geschehe dies nicht, dann müsse die Abstimmung entscheiden, deren Ergebnis für die Arbeiterschaft klar sei. Zur wirtschaftlichen Verständigung gehöre die Rückgabe der Saargruben in die Hände Preußens und Bayerns. Nur politisch Beschränkte und wirtschaftlich von Egoismus erfüllte Kreise in Frankreich könnten die Abschließung des französischen Marktes für die Saarwirtschaft fordern. Die Verhandlungen seien der Prüfstein dafür, ob Frankreich eine ehrliche politische Lösung der Saarfrage und wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland wolle. Natürlich sei man sich darüber klar, daß bei der Rückgliederung in die deutschen Verhältnisse hier und da Schwierigkeiten zu erwarten seien. Die Christlichen Metallarbeiter hielten notwendig die Schaffung günstiger Verkehrswege nach dem deutschen Innenmarkt, bevorzugte frachtliche Behandlung, pflegliche steuerliche Behandlung, Ausbau der saarländischen Elektro- und Ferngaswirtschaft, Rückgabe der von Frankreich betriebenen Stichbahnen, die Einführung der arbeitsrechtlichen Reichsgesetze usw. Am Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner, daß jetzt im Saargebiet noch viel weniger als früher mit radikalen Phrasen gearbeitet werden könne. Not tue die Zusammenfassung aller in der Wirtschaft tätigen Kräfte.

In der im Sinne des Redners angenommenen Entschließung zur wirtschaftspolitischen Rückgliederung des Saargebietes wird als Vorbedingung einer im Interesse Deutschlands und Frankreichs liegenden wirtschaftlichen Verständigung über das Saargebiet die restlose Beseitigung jedes versteckten und offenen französischen Einflusses in unserer Saarheimat bezeichnet. Es wird ferner die restlose und vorbehaltslose Rückgabe der Gruben in die Hand des preußischen und bayerischen Staates gefordert.

In der ersten diesjährigen Sitzung der Handelskammer Saarbrücken kam der Präsident Luitwin von Boch auf die in Paris schwebenden Verhandlungen über die Lösung der Saarfrage zu sprechen und betonte dabei, daß hier im Saargebiet die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Zukunft alles überschatte. Bei dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen sei es aber noch nicht möglich, im einzelnen dazu Stellung zu nehmen und man müsse sich daher darauf beschränken, die wichtigsten Erfordernisse der Saarlösung dahin zu kennzeichnen, daß die dem einmütigen Willen der Bevölkerung entsprechende restlose politische Rückgliederung und die zu einem angemessenen Preise erfolgende Rückgabe der Saargruben an ihre früheren Besitzer auf handelspolitischem Gebiete begleitet sein müsse von einer den berechtigten Interessen aller Beteiligten — des Saargebietes, des übrigen Deutschlands und Frankreichs — entsprechenden, in sich selbst ausgeglichenen Regelung des künftigen saarländisch-französischen Güteraustausches, die der bestehenden wirtschaftlichen Verbundenheit des Saargebietes mit seinem westlichen Nachbar Rechnung trägt. Trotz des zögernden bisherigen Verlaufes der Verhandlungen in Paris glaubt der Redner an einen Sieg der wirtschaftlichen Vernunft und hält eine solche in sich ausgeglichene Lösung schon jetzt für möglich, weil sie für alle Beteiligten bessere wirtschaftliche Ergebnisse zur Folge haben würde als eine starre Lösung nach dem Versailler Vertrage. Redner hielt sich aber für verpflichtet, besonders zu betonen, daß wir hier an der Saar für den Fall der Unmöglichkeit einer gerechten Lösung bereit seien, die Unsicherheit des heutigen Zustandes mit all seinen Schwierigkeiten für die Wirtschaft noch länger zu tragen und die Lösung nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages abzuwarten! Weiter wies der Redner darauf hin, daß es nach der Entscheidung über die Rückgliederung noch weitgehendster Maßnahmen bedürfe, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu vermeiden. Soweit diese Maßnahmen behördlicher Natur seien, stellten sie eine rein innerdeutsche Angelegenheit dar. Wenn es zudem gelinge, die auf eine Gesundung der deutschen Wirtschaft hinzielenden großen Reformpläne mit der gebotenen Beschleunigung in die Tat umzusetzen, dann sei damit auch ein wesentliches Stück Arbeit für die Möglichkeit getan, das Saargebiet und seine Wirtschaft in den deutschen Gesamtorganismus ohne größere Schwierigkeiten zurückzuführen. Wie Herr von Boch noch mitteilte, hat die Saarbrücker Handelskammer in Verbindung mit den wirtschaftlichen Vertretungen bereits ein Programm für die zu treffenden Dauer- und Uebergangsbestimmungen aufgestellt. Er forderte hierzu die Mitarbeit jedes einzelnen Gliedes der Wirtschaft und betonte besonders auch die Notwendigkeit der Mitarbeit auch der Arbeitnehmer, in deren Reihen die Erkenntnis erfreulich stark geworden sei, daß sie an den gemeinsamen wirtschaftlichen Zielen im eigenen Interesse mitdienen und mithelfen müßten.

Nach all diesen Kundgebungen kann an dem einmütigen Willen der Saarbevölkerung, aus den heutigen unhaltbaren Zuständen endlich erlöst zu werden und wieder zum deutschen Vaterlande zurückzukehren, nirgends mehr gezweifelt werden, und es wäre ein beschämendes Bild für die Welt, wenn sich noch länger französischer Wirtschafts-Egoismus diesem Selbstbestimmungswillen der Saarbevölkerung entgegenstemmen dürfte. —r.

Kleine politische Umschau

Rechtseinheit zwischen Saargebiet und Reich.

In einem Strafverfahren hat das Reichsgericht jetzt entschieden, daß auch eine im Saargebiet zuerkannte Vorstrafe auch im übrigen Deutschen Reich rückfallbegründend wirkt, und bei den Delikten des Diebstahls und Betrugs die strafverschärfenden Vorschriften der §§ 244, 264 St.-G.-B. auslöst.

Bei dieser Entscheidung ist vor allem die Grundfrage zu klären: ob und inwieweit zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland eine Rechtseinheit besteht. Das Reichsgericht hat diese Frage grundsätzlich bejaht und hierzu folgende Ausführungen gemacht: Das Saarbeckengebiet ist nach dem Versailler Vertrag vom 28. Juli 1919 kein selbständiger, von Deutschland abgetrennter Staat, vielmehr ist dieses Gebiet ein Teil des Deutschen Reiches geblieben. Die deutsche Souveränität besteht fort, und

die Bewohner sind nach wie vor Reichsangehörige. Der den Völkerbund vertretende Regierungsausschuß übt die deutschen Hoheitsrechte aus. Das Verhältnis zwischen Inland und Ausland besteht zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschen Reich nur insofern, als jenes nach § 31 der Anlagen zum Versailler Vertrag dem französischen Zollsystem unterworfen ist. In allen übrigen Beziehungen ist das Saargebiet nach dem Ausgeführten politisch als deutsches Inland zu erachten. Die Behörden des Saargebietes und des übrigen Reichsgebietes sind daher im Verhältnis zueinander Inlandsbehörden. Der Regierungsausschuß des Saargebietes darf nach Art. 25 der Anlage zu Art. 45 des Versailler Vertrages in das Bestehen und die Verfahren der Zivil- und Strafgerichte nur durch Einsetzung eines Berufungsgerichtes eingreifen. Auch unter Berücksichtigung aller übrigen Bestimmungen ist davon auszugehen, daß im Saargebiet vollzogene Handlungen im Deutschen Reich vorgenommen sind, und daß demzufolge auch eine von einem Gericht des Saargebietes verhängte Strafe überall im Deutschen Reich als Rückfall begründend wirkt. Dies wird auch nicht durch die vom Regierungsausschuß des Saargebiets auf dem Gebiet der Rechtspflege erlassenen beiden — übrigens von den Kreis- und Bezirkstagen des Saargebietes und der Stadtverordnetenversammlung in Saarbrücken nahezu einstimmig verworfenen — Verordnungen vom 15. Juni und vom 2. August 1921 in Frage gestellt, da diese beiden Verordnungen, wie bereits in der amtlichen Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes über vorübergehende Rechtspflegemaßnahmen im Hinblick auf das Saargebiet vom 9. Februar 1922 von der Reichsregierung ausgesprochen wurde, eine Verletzung des Versailler Vertrages darstellen. Bei diesen Verordnungen handelt es sich um die sogenannten „Justizgesetze", die der Abtrennung des Saargebietes in rechtlicher Beziehung Rechnung tragen sollten und zumeist formale Aenderungen der deutschen Gesetze brachten. So trat in den Gesetzbüchern an Stelle des Ausdruckes „Reich" der Ausdruck „Saargebiet", „inländisch" wurde durch „saarländisch" ersetzt, usw. Diese überflüssige Abänderung sollte dem Saargebiet im Widerspruch zu dem Versailler Vertrag den Charakter eines besonderen Staates geben.

*

*** Die Frage der Nachfolgeschaft des verstorbenen Präsidenten der Eisenbahndirektion in Saarbrücken**

läßt erst recht erkennen, von welcher Bedeutung die kerndeutsche Gesinnung des verstorbenen Präsidenten für unsere deutsche Sache gewesen ist. Der „Köln. Ztg." wird in dieser Angelegenheit von einem Saar-Eisenbahner folgendes geschrieben: Durch das Ableben des bisherigen Präsidenten der Eisenbahndirektion Saarbrücken, Fischer, ist die Frage der Nachfolgeschaft akut geworden. Wie gerüchtweise verlautet, soll dafür eine Lösung gefunden werden, die das stärkste Befremden bei der ganzen Saarbevölkerung und vor allem auch der saarländischen Eisenbahnerschaft hervorrufen müsse. Es sei daher festgestellt, daß die Wahl unter keinen Umständen auf denjenigen höhern Beamten fallen darf, der so wenig politische Festigkeit besaß, daß er in einer Zeit, in der die ganze Saarbevölkerung die Abberufung des ausgesprochenen frankophilen Regierungsmitgliedes für die öffentlichen Arbeiten, des Belgiers Lambert, mit aller Entschiedenheit verlangte, diesem in der Oeffentlichkeit glaubte das beste Zeugnis ausstellen zu müssen. Es wäre sinnlos, die Neubesetzung des Präsidiums in einer Weise vorzunehmen, daß später die Deutsche Reichsbahn dem neuen Präsidenten die Bestätigung versagen müßte. Statt dessen wäre es ein Akt der Loyalität, wenn die Regierungskommission mit Rücksicht auf die Rückgliederungsverhandlungen vor der Neuernennung mit der Deutschen Reichsbahn Fühlung nähme. Dabei erhebt sich auch die Frage, ob überhaupt eine Neubesetzung notwendig ist. Falls die Rückgliederung in absehbarer Zeit erfolgt, wird die Direktion der Saarbahnen ohnehin mit der Reichsbahndirektion Trier zusammengelegt werden. Man würde sich daher in Saarbrücken am zweckmäßigsten mit einer Uebergangslösung behelfen. Vor allem wird man von dem saarländischen Regierungsmitglied Koßmann erwarten müssen, daß er mit aller Entschiedenheit für eine Lösung eintritt, die nicht den stärksten Widerspruch der Bevölkerung hervorruft. Sollte die Regierungskommission sich über diese Bedenken hinwegsetzen, so würde der peinliche Eindruck entstehen, als wenn sie sich verpflichtet fühle, besondere „Verdienste" in der Sache Lambert belohnen zu müssen.

*

Die französische Schule in Dillingen.

Die Gemeinde Dillingen kann, wie die „Saarbr. Zeitung" berichtet, den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, heute die am stärksten von deutschen Kindern besuchte französische Schule zu besitzen. Von allen Orten des Saargebietes war erfreulicherweise ein starker Rückgang der Schülerzahl an den französischen Schulen gemeldet worden. Um so bedauerlicher ist es darum, daß der blühende, in vielen Beziehungen mustergültige Ort Dillingen hier versagt hat. Sehr beachtenswert ist dabei die Tatsache, daß die französischen Beamten der Dillinger Hütte ihre Kinder nicht zur französischen Schule schicken, sondern privatim unterrichten lassen. Sie scheinen also von den Leistungen der Schule nicht gerade überzeugt zu sein. Aber für die Deutschen von Dillingen und Umgegend soll die Schule gut genug sein? Es kommt ja den französischen Schulgründern nicht darauf an, daß die Kinder etwas lernen, sondern daß die Schule weiterhin ihren Hauptzweck erfülle: für französische Propaganda im deutschen Saargebiet Helferdienste zu leisten.

Personalnachrichten

Eisenbahndirektionspräsident Dr. Fischer †.

In einem Frankfurter Krankenhaus ist der Präsident der Eisenbahndirektion des Saargebietes, Dr. Wilhelm Fischer, der bereits seit Anfang Dezember in einem Wiesbadener Sanatorium weilte, gestorben. Präsident Dr. Fischer wurde im Jahre 1920 von der eben installierten Regierungskommission an die Spitze der Saarbahnen gestellt. Mit der Bildung einer neuen Eisenbahndirektion übernahm er eine große organisatorische Aufgabe, bei deren Lösung er sich erhebliche Verdienste erwarb. Im öffentlichen Leben trat der Verstorbene wenig hervor. Seine Haupttätigkeit galt der Lösung dringlicher eisenbahntechnischer und organisatorischer Aufgaben. Für seine Beamten hatte der Präsident ein warmes Herz, wie auch sonst seine menschlichen Eigenschaften diejenigen, die ihm näher traten, zu seinen Freunden machte. In den Saarbrücker Tageszeitungen werden dem Dahingegangenen viele Nachrufe gewidmet, in welchen es u. a. heißt: „Mit unermüdlichem Fleiße und eiserner Arbeitskraft verwandte er sein reiches Wissen und Können auf die ihm anvertraute verantwortungsvolle Aufgabe. Allen Bediensteten seines Bezirkes war er das leuchtende Vorbild für Berufsfreude und Berufstreue und das Symbol lautersten Strebens nach voller Pflichterfüllung." Die „Vereinigung der Eisenbahnbeamten und Anwärter" ruft ihm nach: „In der langjährigen Zusammenarbeit mit dem Verstorbenen haben wir stets Gelegenheit gehabt, sein aufrechtes Wesen und sein Verständnis für die Forderungen und Wünsche unserer Organisation kennen und schätzen zu lernen. Sein Herzenswunsch, die ihm unterstellten Beamten geschlossen zum deutschen Vaterland zurückzuführen, ist leider infolge höheren Ratschlusses nicht in Erfüllung gegangen." Präsident Fischer wurde am 10. Mai 1870 zu Welsleben, Kreis Wanzleben, Provinz Sachsen, als Sohn eines Fabrikanten geboren. Nach dem Besuch der Volksschule seiner Heimat und des Gymnasiums Halberstadt, studierte er an den Universitäten Freiburg und Berlin Rechtswissenschaft. Nach seinem 1898 erfolgten Examen als Gerichtsassessor trat er vorübergehend in die Dienste des Magistrates Wilmersdorf, um am 1. Mai 1900 in den Dienst der preußischen Staatseisenbahnverwaltung hinüberzuwechseln. Seine Ausbildung genoß er bei der Eisenbahndirektion Köln. Vom 1. Juni 1901 bis 31. März 1903 war er bei der Eisenbahndirektion Posen, vom 1. April 1903 bis November 1904 als Vorstand des Verkehrsamtes Meiningen tätig. Am 1. November 1904 erfolgte seine Versetzung zur Eisenbahndirektion St. Johann-Saarbrücken. 1909 wurde er Dezernent für Beförderungs- und Wagendienst, 1915 Regierungsrat, 1919 Oberregierungsrat. Bei der Teilung der alten preußischen Eisenbahndirektion Saarbrücken im Jahre 1920 verblieb er in Saarbrücken und wurde 1920 zum Präsidenten der Eisenbahndirektion des Saargebiets ernannt. Mit seiner Gattin und seinen Mitarbeitern bei der Eisenbahnverwaltung betrauern alle, die Dr. Fischer im dienstlichen und persönlichen Verkehr hatten kennen und schätzen lernen, den frühen Heimgang dieses edlen Menschen und ausgezeichneten Eisenbahnfachmannes Aber auch ein kerndeutscher Mann ist mit ihm dahingegangen, der in seiner verantwortungsvollen Stellung nur die deutschen Interessen unserer Saarheimat zu wahren für seine Ehrenpflicht hielt. Für die Bestrebungen des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saarverein" hat er, wie er dem Schreiber dieses oft versichern konnte, stets das größte Verständnis gehabt

und die Notwendigkeit unserer Aufklärungsarbeit anerkannt. Mit tiefem Schmerze bedauern wir das allzu frühe Hinscheiden dieses deutschen Mannes. Alle, die ihn gekannt haben, werden ihn in bestem Andenken behalten. — Th V.

* **Die Beisetzung Professor Ruppersbergs.** Unter Beteiligung einer großen Trauergemeinde aus allen Schichten der Bevölkerung wurde Professor Ruppersberg auf dem alten Saarbrücker Friedhof zu Grabe getragen. Von der Stadt hallten die Glocken der Ludwigskirche und sandten ihren Klang auf das stille Gräberfeld das im Grau des Februartages mit den Trauernden zu klagen schien. Es war, so schreibt die „Saarbrücker Zeitung", als wolle sich die Natur selber in Wehmut hüllen. Auf dem Wege zur Gruft bildeten Bürger andächtig Spalier, senkte sich die Fahne der Krieger, die dem Schilderer der Spicherer Schlacht besonders verbunden waren. Oben am Bergeshang, wo man die sterbliche Hülle des Dahingegangenen der Erde übergab, pries man dann in letzter dankbarer Ehrung den Mann und sein Werk. Pfarrer Weißer sprach von dem Geschichtsschreiber und Lehrer, dem Bürger und Menschen und entrollte in tiefempfundenen Worten ein treffendes Bild seines Lebens. Er zeichnete den Mann wie er gewesen ist: in seiner stillen Gelehrsamkeit, seinem erfolgreichen deutschen Schaffen, seiner menschlichen Güte. Beigeordneter Dr. Bauer gedachte des Toten im Namen der Stadt Saarbrücken, die ihren Geschichtsschreiber und Mitarbeiter in steter Erinnerung behalte; Pfarrer Heintz dankte für Verdienste um die Altsaarbrücker evangelische Gemeinde, ein Vertreter des Historischen Vereins für Jahrzehnte ernster heimatlicher Forschung; Oberstaatsanwalt Keller für die stete Verbundenheit mit den alten Marburger Studenten, Pfarrer Uhrmacher für Verdienste um das Arnualer Stift, dem der Verstorbene manchen Tag seines Lebens gewidmet hatte. Schließlich verlor sich der Hymnus des Dankes in das Rauschen der Zypressen. Dumpf kollerten die Schollen in das Grab: die Stunde des Abschieds war gekommen.

*

Todesfälle. Saarbrücken: Frau Witwe Henriette Lebrecht, geb. Willinger, 83 Jahre; Direktor Arthur Schulz; August Peter, 17 Jahre; David Wickert, 79 Jahre; Brauereidirektor a. D. Johann Georg Gutruf, 73 Jahre; Ernst Paul, 54 Jahre; Julius Ullmann, 72 Jahre; Georg Schetting, 74 Jahre; Fräulein Christel Fues, 60 Jahre; Sekretärin Irma Feige, 36 Jahre; Friedrich Krug, 19 Jahre; Professor Dr. h. c. Albert Ruppersberg, Hauptmann d. L., 76 Jahre; Phil. Kiefer, 60 Jahre; Kanzleiobersekretär i. R. Karl Hillebrand, 71 Jahre; Jakob Wolf, 62 Jahre; Metzger und Wirt Willy Asmus, 28 Jahre; Frau Witwe Karl Pitz, Sophie geb. Müller, 76 Jahre; Frau Maria Kohn geb. Blau, 69¼ Jahre; Heinrich Ziemer, 73 Jahre. — **Schafbrücke:** Nikolaus Ries, 61 Jahre. — **Bischmisheim:** Fuhrmann Julius Schmeer, 42 Jahre. — **Lübingen:** Heinrich Binzen, 21 Jahre; Adam Werthmüller, 68 Jahre. — **Gersweiler:** Frau Frieda Hocke, geb. Meyer, 23½ Jahre. — **Wehrden:** Ingenieur Eduard August Steffen, 24 Jahre; Frau Konrektor Peter Erz Josephine geb. Stiltz, 48 Jahre. — **Völklingen:** Gastwirt Michel Weisdörfer, 51 Jahre. — **Hargarten:** Witwe Peter Klein, Kath. geb. Minninger, 71 Jahre. — **Püttlingen:** Frau Witwe Jakob Schackmann, geb. Spelcher, 69 Jahre. — **Kölln:** Maschinensteiger i. e. R. Julius Sitzmann, 45 Jahre. — **Kirkel:** Witwe Luise John, geb. Groß, 70 Jahre. — **Jägersfreude:** Frau Maria Kuhl, geb. Pfeiffer, 67½ Jahre. — **Dudweiler:** Kaufmann Fritz Rettkowski-Langenbahn, 25 Jahre; Mitglied des Pensionär-Vereins Ludwig Gräßer, 65½ Jahre; Frau Robert Weber, Sophie geb. Wunn, 59 Jahre; Frau Wtw. Heinrich Meeß, Kath., geb. Gosfing, 68 Jahre, August Savelkouls, 31 Jahre, Frau Wtw. Heinrich Fuhrmann, geb. Luise Wolf, 63 Jahre. — **Sulzbach:** Peter Klomann, 64 Jahre. — **Altenwald:** Witwe Magdalena Wobido, geb. Schubmehl, 71 Jahre; Zimmermeister Reinhard Jung, 49 Jahre — **Friedrichsthal:** Rentner Friedrich Wagner, 66 Jahre. — **Bildstock:** Fräulein Linchen Eberhart, 63 Jahre. — **Spiesen:** Wilhelm Siegel, 76 Jahre. — **Landsweiler:** Johann Rau, 80 Jahre. — **Eppelborn:** Lehrer i. R. Peter Wies, 78 Jahre. — **Schiffweiler:** Frau Wwe. Johann Jakob Woll, Magdalena, geb. Bick, 76 Jahre. — **Neunkirchen:** Madame Miezi Pérot, geb. Mohr; Jakob Dejon, 72 Jahre; Hüttenarbeiter Andreas Schneider, 52½ Jahre; Fräulein Erna Weber, 21 Jahre; Frau Anna Schano, geb. Pelletier, 65 Jahre; Frau Witwe Josef Dörr, Rosina, geb. Sommer, 63 Jahre; Landwirt und Fuhrunternehmer Heinrich Rosenbaum, 63 Jahre; Gastwirt Karl Zimmermann, 73 Jahre; Frau Emma Langguth, geb. Schmidt, 51 Jahre; Gutspächter auf Haus Furpach Georg Haußecker, 65 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Frau Margarethe Janes, geb Honecker, 69 Jahre; Ferdinand Lorenz, 65 Jahre; Industrielehrerin i. R. Fräulein Charitas Lüpke, 71 Jahre. — **Wellesweiler:** Frau Witwe Dorothea Bauer, geb John, Hebamme, 52 Jahre. — **Oberlinxweiler:** Mühlenbesitzer Konrad Hell, 70 Jahre. — **Dillingen:** Peter Freichel, 78 Jahre; Frau Daniel Götten, Elisabeth, geb. Mechenbier, 50 Jahre; Frau Witwe Karl Spreier, geb Kath. Schuler, 64 Jahre. — **Pachten:** Hüttenschlosser Peter Hektor, 48 Jahre. — **Bachem:** Frau Matth. Koch, Helene, geb. Pinter, 64 Jahre. — **Saarlouis:** Apotheker Sebastian Egloff, 84 Jahre. — **Schwemlingen:** Frau Gustav Lubjuhn, Mathilde, geb. Weißkircher, 31 Jahre; Joh. Fischer, 73 Jahre; Nikol. Marion, 91 Jahre. — **Bisten:** Georg Lang, 61 Jahre. — **Fraulautern:** Frau Joh. Bellmann, Maria, geb. Fritz, 54 Jahre. — **Mondorf:** Frau Witwe Nikol. Ley, Margareta, geb Brettnacher, 73 Jahre. — **Merzig:** Gastwirt Josef Seiler, 61 Jahre. — **St. Ingbert:** Obermeister i. R. Johann Sehn, 67 Jahre; Hermann Bassow, 86 Jahre; pens. Bergmann Josef Jochum, 75 Jahre; pens. Bergmann Josef Stolz, 59 Jahre; Schreiner Hans Ringle, 21 Jahre. — **Ormesheim:** Christoph Feibel, 72 Jahre. — **Oberwürzbach:** Steinhauer Ludwig Sommer, 40 Jahre.

Vom „Bund der Saarvereine".

Unsere Ortsgruppen bitten wir hierdurch ganz ergebenst, in Zukunft die für den „Saar-Freund" bestimmten Versammlungs- usw. Berichte doch möglichst kurz fassen und nur auf das Allerwichtigste beschränken zu wollen, da gerade jetzt im Hinblick auf die Saarverhandlungen in Paris die einzelnen aktuellen Saarfragen noch mehr als bisher behandelt und unsere vaterländische Aufklärungsarbeit noch in erhöhterem Maße als bisher wahrgenommen werden muß. Wir sind überzeugt, daß unsere Ortsgruppen dieser Bitte gern entsprechen werden.

---

* **Universitäts-Saarvortrag in Leipzig.** Am 18. Februar sprach Herr Berghauptmann i. R. Cleff-Berlin vor der Studentenschaft in Leipzig über das Saargebiet und seine wirtschaftliche Bedeutung. Der Vortrag fand in dem größten, 500 Personen fassenden Auditorium der Universität statt. Da auch die Ortsgruppe Leipzig des Bundes der Saarvereine sich zahlreich zu dem Vortrage eingefunden hatte, war er sehr gut besucht. Der begeisterte Beifall, der den Ausführungen des Vortragenden zuteil wurde, zeigte, welches Interesse die Leipziger Studentenschaft den Geschicken des Saargebiets entgegenbringt, und wie sie eine baldige glückliche Lösung der Saarfrage ersehnt. Am Schluß der Versammlung brachte der Vorsitzende des Amtes für die politische Bildung, der die Versammlung leitete, folgende Entschließung in Vorschlag: „Die treudeutsche Gesinnung der Saarbewohner verdient die ungeteilte Bewunderung des ganzen Vaterlandes. Es wird daher auf die baldige restlose Rückgabe des Saargebiets an Deutschland zu dringen und keinesfalls zu dulden sein, daß der deutsche Grubenbesitz des Saargebiets verringert, und damit sein Wirtschaftsleben dauernd geschädigt wird. Sollte das auf dem Wege der Verhandlung nicht zu erreichen sein, so ist das Ergebnis der Abstimmung im Jahre 1935 abzuwarten." Unter brausendem Beifall stimmte die Versammlung der Entschließung zu. Die Entschließung wurde an den Herrn Reichspräsidenten, den Herrn Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten, den Herrn Präsidenten des Deutschen Reichstages und den Herrn Preußischen Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber gesandt und der Presse zur Veröffentlichung zugeleitet. Nach Schluß des Vortrages sammelten sich die Mitglieder der Ortsgruppe Leipzig unter Leitung ihres liebenswürdigen und bewährten Vorsitzenden Herrn Sester zu einem behaglichen Zusammensein in der „Bavaria".

** **Hochschulvortrag in Breslau.** Rechtsanwalt und Notar Giersberg, Vorsitzender der Ortsgruppe Magdeburg des Bundes deutscher Saar-Vereine, sprach am Freitag, 7. Februar, im großen Hörsaal der Technischen Hochschule über „Die Saargebietsfrage". Die Ausführungen des Redners wurden oft durch Beifallskundgebungen unterbrochen. Ausgehend von den Pariser Saarverhandlungen, schilderte er zunächst die Absichten Frankreichs. Saarpolitik ist Rheinpolitik von Ludwig XIV. an über Napoleon I. und III., Clemenceau, Poincaré bis zu Briand. Diese Dinge stehen dem deutschen Osten ferner, da die eigene Not — Oberschlesien, Polnischer Korridor — näherliegt. Und doch reichen sich Osten und Westen in Schicksalsverbundenheit die Hand. Die Lüge von den 150 000 Saarfranzosen schuf im Versailler Vertrag das Saargebiet. Der wahnwitzige Versuch in Paris, das Saargebiet politisch Deutschland wirtschaftlich Frankreich zu überlassen, hat die saarländische Presse treffend als „eine Kröte mit Adlerkopf und Hahnenschwanz" bezeichnet. Alle

Verwelschungsversuche scheiterten an der kerndeutschen Gesinnung der Saarbevölkerung. Selbst die Drohung eines französischen höheren Bergbeamten: „Ich halte das Brot euer Väter in der Hand", mit der man den Versuch machte, die Kinder der Bergleute zum Besuch der französischen Schulen zu zwingen, traf auf unüberwindlichen Widerstand. „Lieber hungern, als dem Vaterlande die Treue zu brechen", war die Antwort. Politisch hat Frankreich an der Saar die Schlacht verloren. Deutschland ist heute der gebende Teil, wenn es auf die Abstimmung verzichtet. Die Einheitsfront an der Saar kann dem deutschen Volke als leuchtendes Beispiel dienen. Lieber duldet man im Saargebiet noch weitere fünf Jahre den Druck der Fremdherrschaft, eher können die Saarverhandlungen scheitern, als daß Deutschland weitere unerträgliche Lasten aufnimmt. „Deutsch die Saar, immerdar!" Langanhaltender Beifall belohnte am Schluß den Redner für seine sachlichen Ausführungen. Die Veranstalter des Abends aber gaben die Versicherung ab, daß sie bereit sind, den Kampf um das Saargebiet zu unterstützen.

** **Die Ortsgruppe Herne** hielt am Sonntag, 9. Februar, im bis auf den letzten Platz besetzten Vereinsheim „Franziskaner" seine Monatsversammlung ab. Vier neue Mitglieder konnten aufgenommen werden. Nach Erledigung der Tagesordnung folgte man mit großem Interesse den Worten des Landsmannes Korst über den Stand der Saarverhandlungen in Paris. Aus den Ausführungen war zu entnehmen, daß die Verhandlungen einen sehr langsamen und schleppenden Verlauf nehmen. Der Redner beschäftigte sich besonders mit der Saarkohle und dem südlichen Kohlengebiet, dem sogenannten Warndtgebiet, wo die Franzosen von auf lothringischem Gebiet abgeteuften Schächten aus die Kohle aus dem Saargebiet rauben. Hiergegen haben alle Parteien des Saargebietes und wirtschaftlichen Organisationen, ebenso der Preußische Landtag, bei den letzten Beratungen über den Bergetat, Protest erhoben. Ohne die Rückgabe des gesamten Saargebietes an das Deutsche Reich wäre eine weitere Verhandlung in Paris unmöglich. Ebenso dürfe die Saarkohlenindustrie nicht an eine Privatgesellschaft, in der französisches Kapital investiert sei, übergehen, sondern müßte dem preußischen und bayerischen Staat übergeben werden. Eine lebhafte Aussprache schloß sich dem Vortrage an. Anschließend wies der 1. Vorsitzende, Landsmann Paulus, auf die Notwendigkeit hin, in der Aufklärungsarbeit nicht zu erlahmen. Landsmann K. Müller regte die Abhaltung einer großen, öffentlichen Protestkundgebung gegen diese Behandlung des Saargebietes an. Bewegten Herzens gedachte der 1. Vorsitzende dann des nur wenige Tage zurückliegenden 2. Februars, an welchem vor zehn Jahren der Saarstaat widerrechtlich ausgerufen wurde und schloß um 9 Uhr die Versammlung mit dem Gruß: „Deutsch die Saar, immerdar." Im Anschluß daran tauschte man noch manche angenehme Erinnerung aus.

---

* **Universitätsvortrag in Frankfurt a. M.** In der Aula der Frankfurter Universität sprach vor einigen Tagen vor großer Zuhörerschaft der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident Otto Andres, über den gegenwärtigen Stand der Saarfrage. Er verlangte Trennung der politischen von den wirtschaftlichen Fragen und Voranstellung der ersteren. Unsere Vertreter in Paris müssen sich hüten, daß die Saarverhandlungen auf ein falsches Gleis geschoben werden. Das geschieht aber, wenn man die Wirtschaftsfragen in den Vordergrund stelle. Vorangestellt muß die politische Forderung werden, daß das Saargebiet vorbehaltlos zum Deutschen Reich zurückkehrt und daß die Kohlengruben ohne Ausnahme an das Deutsche Reich übergehen. Nach Erfüllung dieser Bedingungen könne man zu wirtschaftlichen Vereinbarungen bereit sein, die beiden Ländern nützten. Die Staatshoheit unter dem Deutschen Reiche müsse auf alle Fälle wiederhergestellt werden. Es würde einen Mißbrauch dieser selbstverständlichen und grundlegenden Forderung bedeuten, wenn das Saargebiet als Versuchskaninchen für paneuropäische Pläne dienen würde. Der Redner meinte, man dürfe die zweideutig auslegbaren Worte Briands nicht zu schwer nehmen; sie erklärten sich wohl aus innerpolitischen Beweggründen. Schließlich wies Andres noch auf Widersprüche in dem Versailler Vertrag hin. Es hieße da, daß die Verpfändung des Gebietes für die Kohlenlieferungen diene, die wir als Entschädigung für die in Nordfrankreich zerstörten Gruben zu liefern hätten. Nun seien diese Lieferungen längst erfolgt. Also sei es sinnwidrig, daß nach einem anderen Artikel das Gebiet noch bis 1935 auf die Rückgliederung warten soll.

Die Ortsgruppe Düsseldorf hielt am Dienstag, dem 18. Februar 1930, abends 8.30 Uhr, im Vereinslokal, Restaurant Schummer, Bahnstr. 76, I, eine überaus gut besuchte Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Studienrat Dr. Kill, eröffnete die Versammlung mit herzlichem Gruß und Willkomme, und gab seiner großen Freude Ausdruck über das zahlreiche Erscheinen. Er wertete dies als äußeres Zeichen dafür, daß unsere Vereinsabende seit Beginn des neuen Vereinsgeschäftsjahres sich einer immer größeren Beliebtheit erfreuen. Zunächst wurden vereinsgeschäftliche Angelegenheiten erledigt; die bestellten Werbeschriften „Deutsch die Saar immerdar, helft die deutsche Saar befreien" gelangten zur Ausgabe, und der Vorsitzende machte anschließend darauf aufmerksam, daß die neuen Bundesnadeln eingetroffen seien, und bat alle Mitglieder, die noch nicht im Besitze einer solchen seien, diese bei unserm Kassierer, Herrn Küchler, zu erwerben und sie als sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zu unserer Ortsgruppe und als Ehrenzeichen stets treuer Mitarbeit im großen Bunde der Saarvereine zu tragen. Mit der Neuaufnahme einiger Mitglieder und dem gemeinsamen Lied „Deutsch ist die Saar" fand der erste Teil der Versammlung seinen Abschluß. Nun begann der Hauptteil des Abends, der ein humoristisches Gepräge trug. Es entwickelte sich ein echt saarländisch-heiterer, mit recht viel Humor gewürzter Heimatabend. Alle Vorträge und die Namen der Mitwirkenden namentlich anzuführen, geht nicht an; der Vorsitzende, Herr Dr. Kill, sprach allen, die zum guten Gelingen beigetragen hatten, den herzlichsten Dank des Vereins aus. P.

** **Der Heimatbund der Saarländer für Koblenz und Umgebung** hielt am 1. d. M. im Vereinslokale „Union", Koblenz, die erste Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende Heinz Kellner gab einen kurzen Rückblick auf das abgelaufene Vereinsjahr. Er dankte dem Vorstand und den Vereinsmitgliedern für die treue selbstlose Mitarbeit, wodurch es nur möglich war, daß der Verein eine solch starke Entwicklung aufwies. Als besondere Ehrung überreichte er ein Bild, das Wahrzeichen der Saar, „Das Winterbergdenkmal", darstellend, verschiedenen Vorstandsmitgliedern. Der 1. Vorsitzende Kellner erstattete dann den Geschäftsbericht für 1929. Die Gründungsversammlung erfolgte am 10. 3. 29. Im Berichtsjahr fanden zehn Vorstandssitzungen und sechs Versammlungen statt. Außerdem sind nachstehende Veranstaltungen aufzuführen: Ausflug mit Kindern nach Vallendar, eine Nikolausfeier für die Kleinen, Weihnachtsfeier, je eine Werbeversammlung in Weißenthurm und Neuwied, drei Lichtbildervorträge, ein Märchen-Nachmittag, Vortrag des Verbandsdirektors Vogel, Berlin, sowie die Befreiungsfeier. Die gesamten Veranstaltungen waren restlos gut besucht. Eine Fülle von Arbeit und Opferwilligkeit bergen diese Zeilen. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresschlusse 130. Zu der nun einsetzenden Durchberatung der Satzung verlas Schriftführer Lehmann die Vorgänge vor der Gründung des Vereins; sodann die einzelnen Satzungsbestimmungen, die sodann teilweise geändert bzw. ergänzt wurden. Eine wesentliche Aenderung wurde dahingehend beschlossen, daß Ortschaften mit mehr als zehn Mitgliedern durch einen Vertrauensmann im engeren Vorstand vertreten sind. Schatzmeister Meyer, Weißenthurm, erstattete den Kassenbericht eingehend. Die Einnahmen betrugen 708,68 M., die Ausgaben 484,26 M., Kassenbestand 224,42 M. Er dankte unter anderem verschiedenen Mitgliedern für Stiftungen bei einzelnen Veranstaltungen. Auf Grund des Prüfungsberichts wurde mit Worten des Dankes Entlastung einstimmig erteilt. Vorsitzender Kellner legte nunmehr die Geschicke des Vereins in die Hände der Versammlung und bat, von seiner Person als Vorsitzender abzusehen. Einstimmig wurde dies jedoch abgelehnt, und er wiederum als 1. Vorsitzender gewählt, wobei seine Verdienste um den Verein besonders betont wurden. Nach den weiteren Wahlen traten auf Wunsch bisheriger Vorstandsmitglieder einige Aenderungen in der Besetzung ein. Einem gestellten Antrage, die Winterversammlungen möglichst Sonntags nachmittags abzuhalten, konnte nicht entsprochen werden. Sodann wurde einstimmig beschlossen, am Sonnabend, dem 22. Februar 1930, abends 8.11 Uhr, in Weißenthurm (Bahnhotel Lehnen) einen humoristischen Abend zu veranstalten. Mit einem „Glück-Auf" schloß der 2. Vorsitzende Meyer den geschäftlichen Teil der anregend verlaufenen Versammlung. Bei Musik und Tanz blieb man noch einige Viertelstunden mit den Angehörigen der Elsaß-Lothringer, die im Nebensaale tagten, zusammen.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfälle erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 94. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr 66536 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Posselt, Berlin-Wilmersdorf. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94. — Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.

Die Dryander-Sondernummer

ist erschienen.

Sie ist sowohl inhaltlich, als auch nach ihrer Ausstattung eine wertvolle Bereicherung der familiengeschichtlichen Literatur des Saargebiets.

Die Dryander-Sondernummer enthält 14 zum Teil bisher unveröffentlichte Bilder unseres Heimatmalers Dryander. Jeder Heimat- und Geschichtsfreund, jeder Forscher muß diese Sonderausgabe kennen lernen.

Darum bestellen Sie sofort

die 16seitige, mit 14 ausgezeichneten Bildern geschmückte, in besonders starkem Kunstdruckkarton gebundene

Sondernummer über
Johann Friedrich Dryander

den Malerchronist des bürgerlichen Saarbrückens um 1800, zugleich ein Beitrag zur saarländischen Familienkunde von Karl Lohmeyer, (Ehrenmitglied des Bundes der Saarvereine) in der

Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 94

zu dem äußerst niedrigen Preise von RM. 1,50.

Saar-Verein Stettin

Treffpunkt aller Freunde des Saargebiets
monatlich am 2. Freitag, abends 8¾ Uhr,
im Gartenrestaurant „Lindenhof" Stettin-Neuwestend

Inhaber sind gebürtige Rheinländer.

Württ. Saarvereinigung Stuttgart

Jeden 1. Montag im Monat
Saarstammtisch
im Restaurant Schwalb, Charlottenplatz 3

Zu diesem sind alle Saardeutschen, die an diesem Tag in Stuttgart weilen, freundlichst eingeladen.

Hauptbahnhofs-Wirtschaft Stettin

Inh. Reinhold Schmoldt-Stettin

Das Haus der guten Küche

Tägl. erstklassige
KÜNSTLER-KONZERTE

Beliebte Bestellküche
Eigene Konditorei

Der Saarländer-Stammtisch in Berlin

findet nur noch **allmonatlich einmal, und zwar jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant „Zum Heidelberger", Friedrichstraße 143/49** (Parlamentzimmer) statt. Die nächste Zusammenkunft ist am **Mittwoch, den 12. März 1930, abends 8¼ Uhr.** Alle Mitglieder der Ortsgruppe Berlin, Freunde unserer Organisation und Saarländer, die sich vorübergehend in Berlin aufhalten, sind herzlichst eingeladen.

Buchdruck Druckarbeiten aller Art **Tiefdruck**
Druckerei der Deutschen Tageszeitung
Berlin SW 11, Dessauer Straße 6-8

Zur großen Saarkundgebung in Stettin,

Dienstag, den 11. März 1930, abends 8¼ Uhr, im Konzerthaus,

veranstaltet in Gemeinschaft mit der Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine und der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände Stettin.

Der Tag der „Kundgebung für die Saar" nähert sich! Im Brennpunkt der Verhandlungen stehen zur Zeit der deutsche Osten und sein Geschick und das Schicksal unserer Brüder an der Saar. Unlösbar voneinander ist die Zukunft des Westens und des Ostens, da das Ankämpfen des Franzosentums im Westen in den in dieser Beziehung so gelehrigen Hörigen der Franzosen, den Polen, einen eifrigen Widerhall findet. Unser Titel Arbeitsgemeinschaft bekundet es, daß eine Grenzmark für die andere eintreten muß, denn Polen und Franzosen arbeiten daran, Feuer in unsere Grenzgebiete zu legen. Das Gefühl für diese Gefahr der Grenzmarken zu wecken — dazu dient die geplante „Kundgebung für die Saar".

Der Schützsche Musikverein mit seinem starken Männer- und Frauenchor und seinem Orchester unter der Gesamtleitung von Herrn Chormeister Kurt Fiering liefert den als großes Chor- und Orchesterkonzert wirkenden Rahmen für die Kundgebung. Zur Aufführung kommen die Chorwerke „Weltfrühling" von Walter Moldenhauer, „Vaterland" von Buck, die „Saarhymne" von Gretscher (Stettin) und das Chorwerk für Männer- und Frauenchor, Orgel, Orchester und Altsolo (Frl. Annelies Pantsch) „Der Steiger" von Hugo Kaun. Herr Oberregierungsrat Dr. Stegner, der Vorsitzende der Stettiner Ortsgruppe des Saarvereins, hält die Ansprache, der eine Begrüßung und ein Vorspruch vorangehen. Das „Tausendjahrgedenken der deutschen Ostmark" fand den großen Saal des Konzerthauses voll besetzt, die „Kundgebung für die Saar" darf keinen kleineren Erfolg aufweisen.

Der Eintrittspreis beträgt, wie seinerzeit, nur 1 (eine) Mark. Der Kartenverkauf, Einteilung der Plätze usw., wird durch den Saarverein geregelt, und zwar durch Herrn Ingenieur Ehrhardt, Friedrich-Karl-Straße 22, Fernruf 20 888.

Der Kartenverkauf hat am 22. Februar 1930 begonnen.

Für die Vortragsfolge, der eine Nummer der inhaltreichen Zeitung der „Saar-Freund" beigelegt ist, wird ein Preis von 0,30 Mark erhoben einschließlich Texte.

Wir bitten herzlich darum, bei allen Veranstaltungen der Heimatvereine und sonst sich bietenden Gelegenheiten auf diese am 11. März 1930, abends 8¼ (20¼) Uhr im großen Saale des Konzerthauses stattfindende Kundgebung hinzuweisen.

Ein Vorverkauf wird außerdem eröffnet am 3. März 1930 in der Simonschen Musikalienhandlung (Döring).

Stettin.

Stettin, eine Stadt von 270 000 Einwohnern, lohnt einen längeren Besuch. Die Stadt ist auf den Oderhöhen weit und luftig gebaut und wird von reichem Grünschmuck durchzogen. Eine Reihe alter Bauwerke zeigt dem Besucher die Kunst des Mittelalters. Vier alte Kirchen, darunter der Dom von St. Jacobi mit dem 120 Meter hohen Turm und wertvollen Kirchenschätzen und das Schloß der pommerschen Herzöge sind sehenswert. Stettin ist ferner reich an schönen Denkmälern neuzeitlicher, deutscher Baukunst, unter denen besonders die Hakenterrasse mit dem städtischen Museum und dem Regierungsgebäude sowie einer Reihe neuerer Schulen und Kirchen zu nennen sind.

Das städtische Museum beherbergt reiche Schätze, darunter eine Skulpturensammlung, eine berühmte Gemäldegalerie, eine kunstgewerbliche Sammlung, eine naturgeschichtliche Abteilung mit der größten Insektensammlung der Welt, ein Kupferstichkabinett und eine Schiffsmodellsammlung. Im neuen pommerschen Landesmuseum in der Luisenstraße sind die wertvollen Sammlungen aus vorgeschichtlicher Zeit und die pommersche Altertumssammlung beachtenswert.

Stettin besitzt sehr ausgedehnte, sehenswerte Hafenanlagen, darunter den Freibezirk, den Industriehafen, den Massengutumschlagshafen. Am Dammschen See liegt der Land- und Wasserflughafen. Ausgedehnte Industrieanlagen, so vier große Werften und viele industrielle Werke, zeigen das lebhafte Bild einer betriebsamen Stadt. Eine besondere Sehenswürdigkeit Stettins ist der parkartige Hauptfriedhof, einer der schönsten Deutschlands, mit vielen künstlerisch beachtlichen Grabmälern und einer Sammlung alter pommerscher Grabmäler. Die Umgebung Stettins bietet reizvolle Partien für Ausflüge auf dem Wasser, in die Wälder und über die Höhenzüge an der Oder. In der Stadt selbst sorgt ein gut geleitetes städtisches Theater und eine Reihe anderer Bühnen, Kunst- und Unterhaltungsstätten für Unterhaltung, so daß ein Besuch Stettins genußreich und abwechselungsvoll ist. Alle Auskünfte über Stettin erteilt der Stettiner Verkehrsverein G. m. b. H., Am Berliner Tor 5.